Kommunique des Politbüros des ZK der KPD/ML zur chinesischen Aggression Seite 10

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 9, 2. März 1979 | 13. Jahrgang | 50 Pfennig

RUB Bochum
S2D 3426

China verstärkt Aggression gegen Vietnam

Hände weg von Vietnam!

Die chinesische Führung hat ihre faschistische Aggression gegen die Demokratische Volksrepublik Vietnam verstärkt. Die Zahl der in Vietnam eingefallenen chinesischen Soldaten betrug zuletzt 250.000. Vietnam leistet den Aggressionstruppen erbitterten Widerstand. Nachdem das Land zunächst nur durch Milizverbände verteidigt worden war, haben nun auch reguläre vietnamesische Truppen in die Kämpfe eingegriffen.

Die chinesischen Aggressoren sind bis zu 40 Kilometer weit nach Vietnam eingedrungen; sie sollen mehrere Städte eingenommen haben. Auf ihrem Vormarsch säen die chinesischen Truppen Zerstörung und Tod. Die Zahl der auf den Schlachtfeldern Verbluteten dürfte mittlerweile die Zahl 10.000 weit überschritten haben. Die chinesischen Truppen setzen Bomben, Napalm und chemische Waffen ein. In langen Reihen bewegen sich Flüchtlingstrecks der vietnamesischen Zivilbevölkerung aus dem Kampfgebiet nach Süden. An der Aggression gegen das jahrzehntelang von imperialistischen Eroberern heimgesuchte Vietnam zeigt sich die ganze Brutalität und Menschenverachtung der Pekinger Machthaber.

Das Politbüro der KPD/ML hat in einer Erklärung den verbrecherischen Überfall verurteilt. Die KPD/ML fordert die sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen und den umgehenden Rückzug der chinesischen Truppen hinter die Grenzen Chinas.

(Fortsetzung Seite 10)



Auf der Flucht vor den chinesischen Aggressoren sind Tausende von Vietnamesen.

Vertreter in doppelter Mission

Honecker in Afrika

Das Oberhaupt der Ostberliner Revisionisten, Erich Honecker, bereiste in der vergangenen Woche Afrika. Er besuchte die Länder Libyen, Angola, Sambia und Mosambik. Mit den jeweiligen Staatschefs traf er sich zu Gesprächen und handelte verschiedene Verträge, Deklarationen und Kommuniqués aus.

Honecker reiste in doppelter Mission. Als Vertreter Moskaus und des Warschauer Paktes suchte er der neokolonialistischen Politik der sowjetischen Sozialimperialisten eine neue Bresche zu schlagen. Gleichzeitig war er auch bestrebt, den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einfluß der ostdeutschen neuen Bourgeoisie auf die Länder vor allem des südlichen Afrikas zu stärken. Die neue Bourgeoisie der DDR braucht neue Märkte und Rohstoffe. Sie reizt das Erdöl in Angola und Mosambik und das sambische Kupfer. Sie will ihren Handel ausweiten, der 1977 mit Angola bereits 236 Millionen Valutamark und mit Mosambik 24,9 Millionen erreichte.

Bereits seit Jahren heizt Ostberlin im Gefolge Moskaus mit Waffen, Militärberatern und Soldaten bewaffnete Konflikte in Afrika an. Auch in dieser Hinsicht dürfte Honeckers Besuch, obwohl über die militärischen Abmachungen nichts Konkretes in die Öffentlichkeit drang, neues Unheil über die Völker Afrikas bringen.

Tarifrunde '79

DGB-Bonzen diktieren Niedrig-Forderungen

Die Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften ÖTV, Druck und Papier und Bau-Steine-Erden haben in der vergangenen Woche die Lohn- und Gehaltsforderungen für die diesjährige Tarifrunde festgelegt. Dabei haben sie sich auch diesmal diktatorisch über den Willen der Mitgliedschaft hinweggesetzt.

Just die 6,5-Prozent-Forderung, die Anfang Dezember letzten Jahres vom geschäftsführenden Hauptvorstand der ÖTV als „Forderungsempfehlung" ausgesprochen worden war, hat jetzt die Große Tarifkommission beschlossen. (Dabei hatten die Mitglieder der ÖTV auf vielen Versammlungen gegen diese Forderungsempfehlung protestiert. Fast in allen Betrieben des öffentlichen Dienstes, wo die Mitglieder und Vertrauensleute Forderungen aufstellten, waren es Festgeldforderungen. Sie lagen zudem bei weitem höher als 6,5 Prozent. Teilweise wurden 200 Mark oder sogar 250 Mark für alle gefordert.

Ähnlich auch bei der IG Druck und Papier. Während auf Ortsvereins-Versammlungen Festgeld- oder Mischforderungen aufgestellt wurden, die bei 150 Mark oder höher lagen, entschieden die Spitzenbonzen: Die Forderung lautet 6,5 Prozent.

In der Bauindustrie fordern die Bonzen mit dem IG-Bau-Boß Sperner an der Spitze läppisch 7.5 Prozent, obwohl die Bauindustrie gegenwärtig einen großen Boom erlebt und die Bauunternehmer enorme Gewinne einschieben.

Die Bonzen der DGB-Gewerkschaften wissen, daß der Unmut an der Basis über ihr diktatorisches Vorgehen immer heftiger wird. Aber diesen Herren geht es darum, auf jeden Fall die Richtlinien der Bonner Wirtschaftspolitik zu unterstützen. Und diese sehen vor, daß die Unternehmergewinne in diesem Jahr noch steiler ansteigen, während die Realeinkommen der Arbeiter und kleinen Angestellten sinken sollen.

Fünf Bergleute bei Grubenunglück getötet

Fünf Bergarbeiter wurden am 19. Februar Opfer eines Gebirgsschlags in 1.000 Meter Tiefe der Schachtanlage Haus Aden in Bergkamen-Oberaden. Über eine Länge von zehn Metern wurde das Flöz etwa einen Meter in den Raum gedrückt. Vier Kumpels waren sofort tot, einer starb einen Tag später an seinen Verletzungen.

Wie der Leiter des Kamener Bergamtes angab, würden die Untersuchungen über die Ursachen des Unglücks ein bis zwei Wochen dauern. Dennoch meinte er „mit Sicherheit" feststellen zu können, „daß von seiten des Unternehmers alles getan worden ist, um die Gefahr abzuwenden"! Eine merkwürdige „Sicherheit"!

Hierzu muß man einmal feststellen: Heute wird im Gegensatz zu früher der Streb ohne Ausbau vorangetrieben, der Ausbau kommt erst später hinterher. Das geschieht aus Rationalisierungsgründen! Als „Ersatz" hat man dafür die sogenannten Testbohrungen eingeführt, die regelmäßig durchgeführt werden und anzeigen sollen, ob Spannung im Gestein vorhanden ist.

Auf der Mittagsschicht desselben Tages soll eine Testbohrung vorgenommen worden sein — mit negativem Ergebnis. Wieso kam dann der Gebirgsschlag zustande? Hat man in Wahrheit auf die Testbohrung verzichtet, um keine Zeit zu verlieren? Oder bietet das ganze System der Testbohrungen keine wirkliche Sicherheit? Es darf den Verantwortlichen nicht gestattet werden, sich um diese Frage herumzudrücken.

Resolution der Vertrauensleute-Versammlung Thyssen-Hamborn

Im letzten „Roten Morgen" berichteten wir über die Resolution der Vertrauensleute der Mannesmann-Hüttenwerke in Duisburg-Huckingen zum Verlauf des Stahlarbeiterstreiks und den erforderlichen Konsequenzen. Wie ihre Kollegen von Hoesch-Phoenix und Westfalenhütte fordern auch die Mannesmann-Vertrauensleute die Ablösung des Essener IGM-Bezirksleiters Kurt Herb. Wie wir inzwischen erfahren haben, tagte am gleichen Tag (15. 2. 79) auch der Vertrauensleutekörper der August-Thyssen-Hüttenwerke in Duisburg-Hamborn. Die Kollegen nahmen mit Mehrheit eine Resolution an, die man als die bisher weitestgehende und klarste Vertrauensleute-Resolution zu dieser Frage bezeichnen kann. Auf Seite fünf veröffentlichen wir diese Resolution im vollen Wortlaut.

Angriff Bayerns auf Asylrecht

Das Land Bayern weigert sich, die vom Bund vorgeschriebenen 13,8 Prozent aller ausländischen Asylbewerber aufzunehmen. Mit der Begründung, daß die Zahl der Asylsuchenden durch die „Nachgiebigkeit" Bonns im letzten Jahr auf 33.100 gestiegen ist, bietet das Land nach Aussagen des Innenministers Tandler nur noch 3 bis 4 Prozent der Asylanten Quartier. Welche politischen Motive mit dieser Asylpolitik verfolgt werden, kann man an den vielen Äußerungen sehen, die in der letzten Zeit aus der äußersten Rechten dazu kamen. So wurde vor einigen Wochen von „christlich-demokratischen" Kreisen gefordert, die wegen politischer Verfolgung bei uns weilenden Iraner sofort auszuweisen, da sie ja angeblich nicht mehr verfolgt würden. Das war jedoch zu einer Zeit, als das faschistische Schah-Regime noch nicht gestürzt war!

Die Einschränkung des Asylrechts trifft in erster Linie diejenigen Ausländer, die von den faschistischen Machthabern in ihren Ländern mit Folter und Tod bedroht sind.

Stahlarbeiter von Longwy:

Militante Kämpfe gegen Kapital und Staat

Mit militanten Kämpfen setzten sich am letzten Samstag die Stahlarbeiter von Longwy gegen die Stahlpläne der Regierung zur Wehr, nach denen bis zu 25.000 Arbeitsplätze vernichtet werden sollen. Die Polizei hatte große Mühe, eine von Arbeitern besetzte Sendestation wieder zu räumen.

Danach besetzten Stahlarbeiter das Gebäude des Verbandes der Stahlindustrie in Longwy und warfen kurzerhand das Inventar auf die Straße. Mit Molotow-Cocktails und Steinen griffen sie eine Polizeistation an und sperrten die Polizisten ein. Schwere Kämpfe entwickelten sich daraufhin zwischen Polizei und Arbeitern.

Die übrige werktätige Bevölkerung von Longwy unterstützte die kämpfenden Stahlarbeiter, indem sie Barrikaden gegen die anrückenden Polizeitruppen errichtete.

Die bürgerliche Presse spricht inzwischen von einem „Belagerungszustand zwischen Regierung und Arbeitern". Auch tauchten die Erinnerung an die revolutionäre Krise im Mai 1968 wieder auf. Dafür gibt es einen guten Grund, denn nicht nur die Stahlarbeiter Lothringens und Nordfrankreichs stehen im Kampf gegen Kapital und Regierung.

Im Département Loire traten zum Beispiel 100.000 Arbeiter in den Ausstand, und 40.000 demonstrierten nach St. Etienne, um gegen die Schließung der Fahrrad-Firma „Manu-France" und die Vernichtung von 1.500 Arbeitsplätzen zu protestieren. Auch in zahlreichen Zuliefererbetrieben kam es zu Aktionen, so auch zu Fabrikbesetzungen.



Mit Steinen griffen lothringische Stahlarbeiter in Longwy ein Polizeirevier sowie das Gebäude der lothringischen Stahlunternehmer an.

„Roter-Morgen"-Kommentar

Kommunisten als Kriegstreiber?

Krieg in Vietnam — zerschossene Häuser, brennende Dörfer, endlose Flüchtlingskolonnen. Was jeden aufrichtigen Menschen tief erschüttert, was ihn mit Abscheu und Haß gegen die Invasoren erfüllt — für die berufsmäßigen Fälscher in den Redaktionsstuben von Presse und Fernsehen ist es nur ein willkommener Ablaß, eine billige Gelegenheit zur reaktionären Hetze. „Krieg unter Kommunisten", jubeln sie. Wieder einmal wäre der Beweis erbracht — wie schon 1968 in Prag — daß auch im Sozialismus nacktes, notfalls kriegerisches Machtinteresse die Politik bestimme.

Wahrhaftig — Pekings blutige Aggression gegen Vietnam hat Wasser auf die Mühlen der antikommunistischen Propaganda geleitet. Wen sollte es wundern, daß die Reaktionäre aller Schattierungen die Gelegenheit für neue Haßgesänge gegen den Kommunismus beim Schopf packen? Wobei ausgerechnet diejenigen, die immer am lautesten nach einer Bewaffnung Chinas durch die NATO geschrieen haben — wie etwa die Springer-Presse — jetzt an der Spitze der antikommunistischen Hetze marschieren.

Gerade das zeigt aber auch die abgrundtiefe Heuchelei und Verlogenheit des Geschreis, das diese Leute anstimmen. Chinas brutaler Überfall, ein Beweis für den aggressiven Charakter des Kommunismus? Da haben sich die Fälscher und Hetzer selbst in die Zwickmühle manövriert. Wo hat denn der Kriegstreiber Deng seine Angriffspläne öffentlich angekündigt? Auf seinem Staatsbesuch in den USA — und Carter hat ihm nicht widersprochen. Er hat vielmehr mit dem Pekinger Mandarin den Pakt geschlossen, der den chinesischen Aggressoren erst die Rückendeckung für ihren blutigen Feldzug gab. Nein, dieses China ist alles andere als sozialistisch. Es steht unter der Herrschaft einer bürgerlichen sozialfaschistischen Clique, die sich eng mit dem westlichen Imperialismus, vor allem der amerikanischen Supermacht, verbunden hat.

Der Einfall der chinesischen Soldateska in das südliche Nachbarland ist eben nicht ein Verbrechen, das dem Sozialismus angelastet werden könnte. Er ist das folgerichtige Ergebnis der konterrevolutionären Allianz zwischen dem kapitalistischen China und den westlichen Imperialisten.

Und wie war es mit Prag 1968? Die Sowjetunion Breschnews ist genausowenig ein sozialistisches Land wie China. Ihre Invasion war bestimmt von dem Bestreben einer imperialistischen Supermacht, die Herrschaft über ihren Machtbereich aufrechtzuerhalten. So sind die Aggressionen Chinas und der Sowjetunion keine Beweise für eine angebliche Kriegslüsternheit des Sozialismus. Umgekehrt: Die brutalen Versuche dieser Mächte, fremde Völker zu vergewaltigen und zu versklaven, belegen eindeutig, daß in diesen Ländern das mörderische Wolfsgesetz des Kapitalismus herrscht.

Denn Aggressionen wie Prag '68 und Vietnam '79 entspringen der imperialistischen Gier nach der Herrschaft über fremde Länder, nach der Unterjochung der Völker und dem Raub ihrer Reichtümer. Mit dem Sozialismus, auf den sich die Deng und Breschnew schamlos berufen, sind solche Verbrechen vollständig unvereinbar. Ein sozialistischer Staat wird niemals fremde Völker versklaven: er unterstützt sie im Gegenteil selbstlos in ihrem Streben nach Freiheit und Sozialismus. Ein sozialistischer Staat wird niemals einen Aggressionskrieg vom Zaune brechen, weder gegen ein Bruderland, noch gegen ein Land mit einer anderen Gesellschaftsordnung. Wenn aber die imperialistischen Räuber dem sozialistischen Staat den Krieg aufzwingen, so wie es die deutschen Faschisten 1941 in der Sowjetunion Stalins gemacht haben, dann werden sie mit Feuer und Schwert vernichtet.

Die Kriegstreiber aus Peking und Moskau aber treten eine solche prinzipienhafte Friedenspolitik mit Füßen. Die einen erfinden „vietnamesische Provokationen", um damit ihren heimtückischen Überfall zu rechtfertigen. Die anderen erfanden eine ernsthafte Bedrohung des „Sozialismus" in der Tschechoslowakei, um ihre Aggression auch noch als brüderliche Hilfe erscheinen zu lassen. Wobei es natürlich diesen Sozialismus längst nicht mehr gab und nur die sowjetischen Machtinteressen bedroht waren. Aber vergleichen wir Vietnam und Prag einmal mit der Situation der Nachkriegsjahre, als unter der Führung des Genossen Stalin die Sowjetunion noch ein wahrhaft sozialistisches Land war. Damals war eine sehr ernste Lage dadurch entstanden, daß die Tito-Clique die Grundlagen des Sozialismus in Jugoslawien zerstörte und das Land — Teil des sozialistischen Lagers — in den Block des amerikanischen Imperialismus führte.

Und die Titoisten verübten **tatsächliche** Provokationen schwerster Art gegen das Nachbarland Albanien. Provokationen, die von der Sabotage und der Bildung von Agentenringen bis hin zum Versuch reichten, die proletarische Staatsmacht zu stürzen und Albanien militärisch zu besetzen. Aber hat etwa Albanien, hat die mit ihm verbundene Sowjetunion jemals diese **wirklichen** und schwerwiegenden Provokationen mit einer Strafexpedition nach Jugoslawien beantwortet? Hat das damalige sozialistische Lager die **tatsächliche** Gefährdung und schließliche Zerstörung des Sozialismus in Jugoslawien zum Anlaß genommen, nach Belgrad einzumarschieren und das Land zu besetzen?

Gerade dieser Vergleich zeigt die völlige Unhaltbarkeit der Versuche Pekings und Moskaus, ihren Aggressionen ein sozialistisches Mäntelchen umzuhängen. Er entlarvt auch die bürgerliche Hetze von den „kommunistischen Kriegstreibern". Aber es läßt sich natürlich nicht leugnen, daß die blutigen und unter der Maske des Sozialismus vorgetragenen Feldzüge der Deng und Breschnew Verwirrung unter den Werktätigen schaffen und dem Ansehen, der Sache des Sozialismus schweren Schaden zufügen. Um so notwendiger ist es, diesen Kriegstreibern die Maske vom Gesicht zu reißen und ihren reaktionären bürgerlichen Klassencharakter aufzudecken. Um so notwendiger auch, die wahrhaft sozialistische Friedenspolitik zu propagieren, wie sie heute von der Sozialistischen Volksrepublik Albanien verfolgt wird.

Berufsbildungsabgabe wird nicht erhoben

Staat schenkt Unternehmern 900 Millionen

Am letzten Mittwoch beschloß das Bonner Kabinett, auf die von den Unternehmern nach dem Gesetz zu leistende Berufsbildungsabgabe zu verzichten. Die Regierung schenkte den Unternehmern damit rund 900 Millionen Mark. Bereits 1977 und 1978 brauchten die Kapitalisten die Berufsbildungsabgabe nicht zu zahlen.

Die Berufsbildungsabgabe fußt auf dem Ausbildungsplatzgesetz von 1976. Dieses Gesetz sieht vor, daß ab 1977 alle Unternehmen mit einer Lohn- und Gehaltssumme von über 400.000 DM jährlich eine Abgabe zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze leisten müssen. Voraussetzung ist, daß das Angebot an Ausbildungsplätzen in den entsprechenden Jahren die Nachfrage um nicht mehr als 12,5 Prozent übersteigt. Die Voraussetzung war in den letzten Jahren gegeben. 1978 etwa standen 624.000 angebotenen 628.000 nachgefragte Ausbildungsplätze gegenüber. Das Angebot war immer niedriger als die Nachfrage, geschweige denn 12,5 Prozent darüber!

Wer 1976 noch glaubte, mit dem Ausbildungsplatzgesetz würden endlich einmal diejenigen zur Kasse gebeten, die die Verantwortung für die Ausbildungs- und Arbeitsplatzmisere tragen — die Unternehmer nämlich —, sah sich getäuscht. Er sah sich 1977 und 1978, und er sieht sich 1979 wieder getäuscht. Die Unternehmer brauchten und brauchen nicht zu zahlen.

Die Begründungen, mit denen die Regierungen ihre Millionengeschenke an die Unternehmer vor den Werktätigen zu rechtfertigen suchte und sucht, sind schlichtweg lächerlich. Da war zum Beispiel die Rede von einer „Dunkelziffer" an angebotenen Ausbildungsplätzen, die in die Berechnung mit einbezogen werden müßte. Die Hauptrolle aber spielten in den Regierungsreden die Versprechungen der Unternehmer. 1977 sagte der damalige Bildungsminister Rohde: Die Regierung gründet die Entscheidung, die Berufsbildungsabgabe nicht zu erheben, auf die „verbindliche Zusage von seiten der Arbeitgeber, daß die 100.000 zusätzlichen Ausbildungsplätze auch wirklich bereitgestellt würden."

Die Zusage der Unternehmer erwies sich schnell als leeres Geschwätz; auf dem betrieblichen Ausbildungssektor hat sich die Situation in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtert. Die Herren aus Bonn haben aber immer noch die Stirn, mit den abgedroschenen Unternehmerphrasen hausieren zu gehen. So sagte der jetzige Bildungsminister Schmude am letzten Mittwoch: Er rechne damit, daß eine „Konjunkturbelebung" die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe erhöhen und das Angebot an Ausbildungsplätzen vergrößern werde. Als Beweis zitierte er einen Brief der Unternehmer, in dem es heißt: „Wir bekräftigen die von den Unternehmerorganisationen bereits im Hauptausschuß zum Ausdruck gebrachte Überzeugung, daß 1979 allen Jugendlichen, die eine Ausbildung in der Wirtschaft anstreben, ein Ausbildungsplatz zur Verfügung stehen wird." Schmude weiß natürlich, daß diese Unternehmererklärung nichts als Lüge ist.

Der unter den fadenscheinisten Vorwänden betriebene Verzicht zeigt klar den Klassencharakter dieses Staates. Wenn es um die Plünderung der Taschen der Werktätigen geht, greifen die Herren erbarmungslos zu, erhöhen die Steuern, die Abgaben, die Gebühren usw. Handelt es sich jedoch um die Kapitalisten, dann genügen schon fadenscheinige Zusagen, damit die Regierung sie von gesetzlich festgelegten Zahlungen befreit.

Waffenschieber Carstens

„Tut mir leid, Dobbertin sagt mir nichts"

In der letzten Woche wurden die Vorwürfe gegen den Bundestagspräsidenten Carstens, er sein in den späten 60er Jahren an illegalen Waffenschiebereien des Bundesnachrichtendienstes (BND) beteiligt gewesen (siehe RM 3/79), bewiesen. Die Illustrierte „Stern" veröffentlichte Auszüge aus einer geheimen „amtlichen Auskunft" des Bundeskanzleramtes an das Oberlandesgericht Köln.

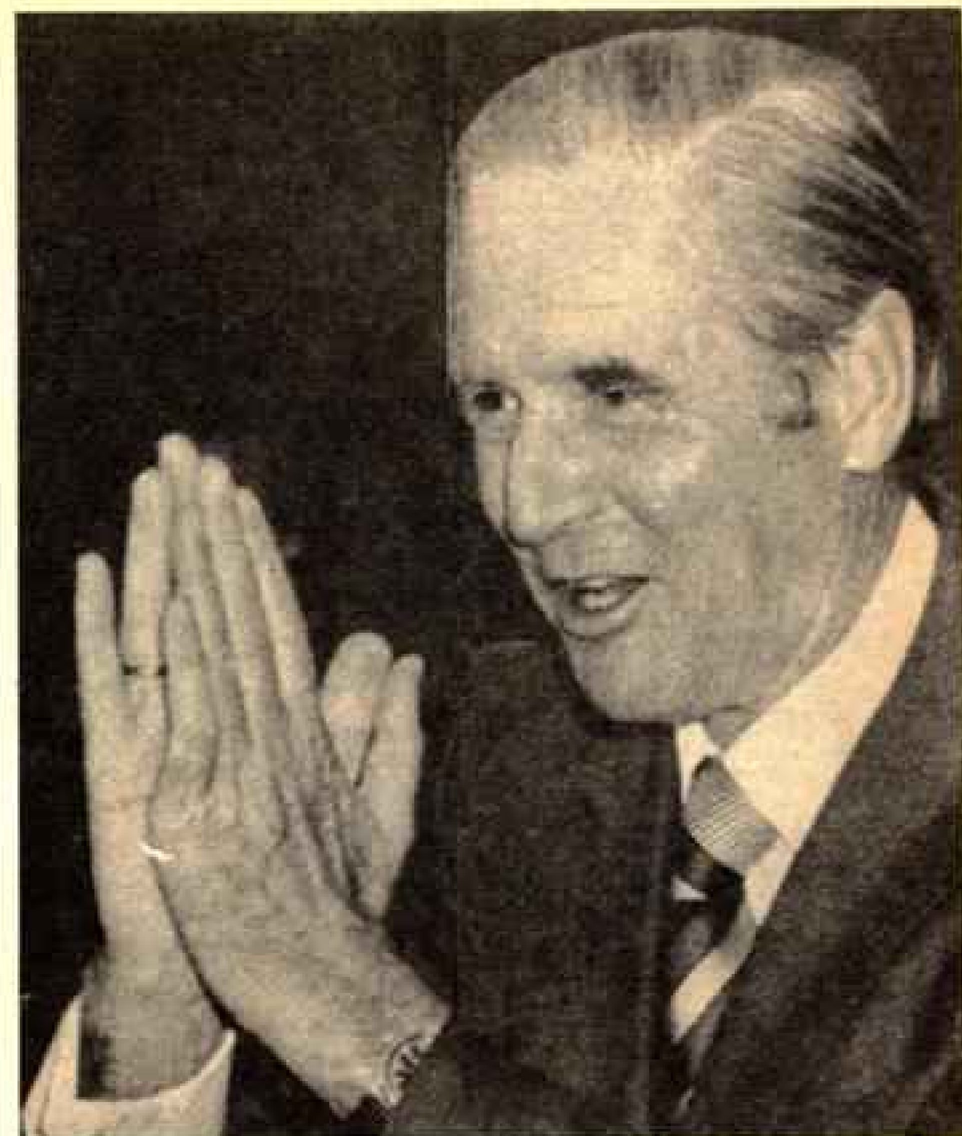
Carstens, der künftige Kandidat der CDU für das Amt des Bundespräsidenten ist, war 1966/67 Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium und 1968/69 Staatsekretär im Bundeskanzleramt. Dort führte er die höchst Dienstaufsicht über den BND. Der BND lieferte in dieser Zeit über die Privatfirmen Merex und Dobbertin Waffen in Spannungsgebiete, was nach den Buchstaben des Gesetzes verboten war. Die verbrecherische Tätigkeit wird in der „amtlichen Auskunft" folgendermaßen dezent umschrieben: „Zweck dieser Verbindung [mit Merex und Dobbertin] war die Aufklärung des internationalen Waffenhandels. Der BND beschränkte sich nicht auf die bloße Beobachtung von Waffengeschäften. Um diese Firmen zur Herausgabe von Informationen zu veranlassen, beriet sie der BND bei der Anbahnung und Durchführung von Geschäften..."

Das Wissen um diese finsteren Geschäfte hat Carstens seit 1974, wo er vor dem Guillaume-Ausschuß danach befragt wurde, hartnäckig abgeleugnet. Sogar die nun ans Licht der Öffentlichkeit gelangte „amtliche Auskunft" führt aber handschriftliche Bemerkungen Carstens sowie seine Unterschrift auf zahlreiche Dokumenten als unwiderlegliche Beweise an. Ein Beispiel:

Die Zusammenarbeit zwischen dem BND und der Firma Dobbertin war 1968/69 so gut gediehen, daß der BND-Agent Hauschildt in die Geschäftsleitung des Unternehmens einrükken sollte. In einem Schreiben bat BND-Chef Wessel Carstens dementsprechend um die Beurlaubung Hauschildts. Carstens, heißt es in der „amtlichen Auskunft", „hat dieses Schreiben mit dem Vermerk ‚einv.' [einverstanden] sowie seinem Namenszug ‚C' und dem Datum ‚4/3' versehen." Über den Fall Hauschildt existieren noch zwei weitere Dokumente mit der Unterschrift Carstens. 1974 vor dem Guillaume-Ausschuß aber hatte Carstens beteuert: „Tut mir leid, Dobbertin Hamburg sagt mir nichts."

Auch über die Verstrickung von Carstens in die vom BND über die Firma Merex abgewikkelten Waffengeschäfte liegen zahlreiche Dokumente vor. 1974 aber sagte Carstens: „Ich habe in der Zeit, als ich die Aufsicht über den Bundesnachrichtendienst führte, über den Waffenhandel des BND nie etwas gehört..." „Ich muß sagen, daß ich davon heute zum ersten Mal höre."

Die in der „amtlichen Auskunft" angeführten Dokumente beweisen unwiderruflich: Carstens hat die Unwahrheit gesagt. Er hat 1974 die Unwahrheit gesagt und auch 1979. Oder sollte der Präsident des Bundestages und künftige Bundespräsidentenkandidat der CDU seine anrüchigen Amstgeschäfte im Zustand tiefer Bewußtlosigkeit geführt haben?



Die Hände falten sich schnell bei den Herren der christlichen Unionsparteien. Auch Blutrichter Filbinger hat da manch schönes Bild abgegeben. Wie Filbinger leidet auch Waffenschieber Carstens an auffallenden Gedächtnislücken.

Aus dem Inhalt

Langenbrahm darf nicht sterben 3
Rheimpreußen bleibt — Kampferfolg der Mieter 3
Der Unterschied zwischen Klunker und Prof. Grotian 4
ÖTV-Tarifrunde 4
Stahl-Urabstimmung: Fälschungsgerüchte verstummen nicht 5
Thyssen-Vertrauensleute reden Klartext 5
Resolution der Vertrauensleuteversammlung Thyssen-Hamborg 5
Der Widerstand gegen den Hitler-Faschismus 6
NPD durfte Anti-Holocaust-Flugblätter verteilen 7
Antifaschistische Aktion in Coburg 7
Westberliner Galerie unter Polizeischutz 7
Zwei Urteile 7
Volkskorrespondenzen 8
Interview mit einem Vertreter der Kommunistischen Partei der Arbeiter und Bauern des Iran 11

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Daimler-Benz: Waffen für Somoza

Nach einer inzwischen bestätigten Meldung der nicaraguanischen Oppositionszeitung „La Prensa" hat das Tochterunternehmen der westdeutschen Daimler-Benz AG in Sao Paolo (Brasilien) 60 Kriegsfahrzeuge an die faschistische Diktatur Somoza geliefert. Somoza hatte kürzlich erst mit Terror und Massenmord einen Aufstand des Volkes niederschlagen lassen. Die jetzt bekanntgewordene Lieferung von Kriegsmaterial ist ein weiteres Beispiel für die Unterstützung faschistischer Regime durch westdeutsche Großkonzerne.

Daimler-Benz hat feste Geschäftsbeziehungen zur Familie des Diktators Somoza. Somoza vertritt praktisch die Interessen des westdeutschen Automobilkonzerns in Zentralamerika.


Die politische Prominenz verfolgt aufmerksam die Versammlung



Die Bewohner wollen klare Antworten, keine Sonntagsreden

Langenbrahm darf nicht sterben

Erfolgreiche Mieterversammlung in Essen-Bergerhausen

„Was wird aus der Langenbrahm-Siedlung", unter dieser Frage trat am Donnerstag, den 15. Februar 1979 die Mieterversammlung der alten Zechensiedlung Langenbrahm in Essen-Bergerhausen zusammen. Die erst zehn Wochen alte Mieterinitiative hatte 322 Mieter in die Gaststätte „Zum Annental" auf der Rellinghauser Straße mobilisiert. Auf Einladung des Initiativvorstandes war ebenfalls zahlreiche politische Prominenz erschienen. Bundestagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete, die Fraktionsvorsitzenden bzw. deren Stellvertreter der drei Essener Ratsparteien, ein Oberverwaltungsdirektor aus dem städtischen Wohnungsamt, ein Vorstandsmitglied der Allbau-Wohnungsbaugesellschaft. Gegen 21 Uhr traf die Bundesministerin Antje Huber, die ihren Wahlkreis in Essen hat, von Bonn aus in Bergerhausen ein.

Die breite Anwesenheit der politischen Prominenz zeigt deutlich, daß die Langenbrahmer Mieterinitiative bereits nach zehn Wochen ihrer Gründung über beträchtlichen Einfluß verfügt.

...Worum geht es?

Die Eigentümerin der alten Arbeitersiedlung ist die Langenbrahm AG, die neuerdings zum Imperium des Kölner Immobilienkonzernherrn Dr. Detlev Renatus Rüger gehört.

Das Schicksal der Mieter, die dort fünfzig Jahre und länger wohnen, von denen 70 Prozent alte Leute bis zu 90 Lebensjahren sind, interessiert ihn dabei einen Dreck, Hauptsache, die Kasse stimmt.

Wer wohnt wie lange in Langenbrahm:

(berechnet auf die Mitglieder der Initiative)

0 bis 10 Jahre:	60 Mitglieder
11 bis 20 Jahre:	62 Mitglieder
21 bis 30 Jahre:	44 Mitglieder
31 bis 40 Jahre:	38 Mitglieder
41 bis 50 Jahre:	37 Mitglieder
51 bis 60 Jahre:	18 Mitglieder
61 bis 70 Jahre:	25 Mitglieder

Was ist zu tun?

Der Vorsitzende der Mieterinitiative, Klaus Schmidt, analysierte in einer kämpferischen Rede die Lage und zeigte die nächsten Schritte auf. Im folgenden eine sinngemäße Zusammenfassung seiner Ausführungen:

Rüger hat beim Verkauf der Siedlungshäuser nur ein einziges Ziel im Auge: die Erwirtschaftung von Gewinn. Es gibt zwar eine Menge Gesetze, die die zusammengewachsene menschliche Gemeinschaft schützen, aber es gibt ebensoviel Möglichkeiten, sie zu unterlaufen.

Es sollte ein Arbeitskreis gebildet werden, an dem sich die Mieterinitiative, die Ratsparteien, die Stadtverwaltung und die Langenbrahm AG beteiligen.



Dr. Renatus Rüger Profithai und Großspekulant

Dr. Renatus Rüger, groß und blond, Bentleyfahrer und Syltsnob, ist Herrscher über ein Imperium von mehr als zwei Dutzende Immobilienfirmen, er verfügt über Tochtergesellschaften in Philadelphia und Las Palmas; sein persönliches Anlagevermögen beläuft sich auf mehr als 150.000.000 Mark.

Dr. Renatus Rüger promovierte in Graz über die deutsche Teilung, arbeitete dort als Zimmervermittler, siedelte 1960 nach Köln und stieg dort mit seinen ersten 100.000 Mark Provision selbst ins Bauträgergeschäft ein. Zwischen München und Lübeck hat er Grundbesitz von über 200.000 Quadratmetern. Schon Anfang der siebziger Jahre konnte er 3.200 Mietwohnungen sein eigen nennen.

Einige seiner größten Projekte: Einkaufszentrum in Berlin Tegel für 80.000.000 Mark; Freizeitzentrum „Damp" in Eckernförde (Ostsee) für 242.000.000 Mark; nebenbei hat er sich noch ein halbes Dutzend Frachter angeschafft.

Sein neuestes Hobby: massenhafter Kauf von alten Arbeitersiedlungen, Vertreibung der alten Mieter, anschließend Verkauf zu Höchstpreisen bzw. Abriß.

Besondere Kennzeichen: Läßt sich gern mit seiner Bentley-Limousine knipsen, gibt seine Geschäftsberichte in Kupfertiefdruck heraus.

Am Vortag der Mieterversammlung hatte ein Gespräch zwischen Vertretern der Langenbrahm AG und einer Mieterdelegation stattgefunden. Dort zeigte sich die Langenbrahm AG verbindlich und kompromißbereit. **Während dieser Gesprächsrunde aber tauchten in der Siedlung Leute auf, die im Namen irgendwelcher Rechtsanwälte angaben, sie wollten verschiedene Häuser von der Langenbrahm AG kaufen. Doch diese Methode verfing nicht, sie wurden abgewiesen, die Front der Mieter steht.**

Zur Arbeitsweise der Initiative erklärte der Kollege Klaus Schmidt, **sie sei für alle Parteien und Personen offen, die ehrlich den Langenbrahmern bei ihrem Kampf helfen wollen. Was zählt, ist die tatsächliche Unterstützung und nicht das Parteibuch. Die Initiative werde aber niemals erlauben, sich vor den Karren einer Partei spannen zu lassen, sie wird parteipolitisch immer unabhängig bleiben.**

Ehrliche Versprechen oder Sonntagsreden?

Jetzt kam die große Stunde der anwesenden Politiker. (Der Vollständigkeit halber fügen wir hinzu, daß im Herbst Kommunalwahlen sind.) Fritz Kinnigkeit, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Essener SPD-Ratsfraktion und Ausschußvorsitzender für Stadtplanung und -entwicklung: „Der Schutz der Mieter hat Vorrang vor jeder Eigentumsbildung." Norbert Königshofen, Vorsitzender der Essener CDU-Ratsfraktion: „Oberstes Ziel ist der Schutz der Mieter, dem hat sich alles unterzuordnen."

Ratsherr Schürmann (CDU) brüstete sich damit, seine Fraktion habe die Bereitstellung von 300.000 Mark beantragt. FDP-Fraktionschef Beckmann appellierte an die Landesregierung, Landtagsabgeordneter Trabalski (SPD) appellierte an den Bund.

Bundesministerin Antje Huber fand die Lage „bestürzend", forderte, daß man den „Spekulanten in den Arm fallen" müsse, daß die „Bergleute und deren Familien nicht auf diese Art verscherbelt werden" dürften.

Allen gemeinsam war, daß sie ausgiebig und lange redeten, jeder pries die Politik seiner Partei und kritisierte den politischen Gegner, so daß man das Gefühl nicht los wurde, auf eine Wahlveranstaltung geraten zu sein.

Die Zukunft wird den Wahrheitsgehalt ihrer schönen Worte zeigen, an ihren Taten wird sich zeigen, was ihre Versprechen wert sind!

Einzig und allein Oberverwaltungsdirektor Karlisch vom städtischen Wohnungsamt wurde sehr konkret, allerdings auf eine sehr beklemmende Art und Weise. Er propagierte die vortrefflichen Leistungen seines Amtes, 5.832 Wohnungen habe man in der Vergangenheit vermittelt; also, wenn jemand ausziehen wolle, das Wohnungsamt stehe zur Verfügung.

Sämtliche Verantwortlichen stimmten dem Vorschlag der Mieterinitiative zu, einen Arbeitskreis zu bilden. **Das ist ein Erfolg der Mieterinitiative, und gewiß nicht ihr letzter.**


Bundesministerin Antje Huber hat am Vorstandstisch Platz genommen


Der Kollege Klaus Schmidt, Vorsitzender der Mieterinitiative, spricht zur Versammlung

Folgt dem Zechensterben die Vernichtung der Zechensiedlungen?

Der Vorsitzende der Langenbrahmer Mieterinitiative wies in seinen Ausführungen auf der Mieterversammlung vom 15.2.79 darauf hin, daß es im Ruhrgebiet gegenwärtig etwa 2.400 Zechensiedlungen gibt.

Die Bewohner — es sind vorwiegend alte Bergmänner und andere Werktätige — wohnen dort in vielen Fällen schon ein halbes Jahrhundert oder länger. Sie haben die Geschichte der Siedlungen miterlebt.

Gebaut wurden sie nicht etwa wegen der Menschenfreundlichkeit der Zechenbarone, sondern weil damals Millionen von Arbeitskräften im Ruhrgebiet gebraucht wurden. Nach zwölf und mehr Stunden Schicht haben sich dann die Kumpels größtenteils in Eigenarbeit ihre Häuschen instandgesetzt, haben sich mit eigener Arbeitskraft und erheblichen finanziellen Mitteln ein schönes Heim gebaut. Viele der Langenbrahmer haben 20.000 Mark und mehr in die Zechenhäuser investiert. Rechnet man dann noch die Mietkosten dazu, so sind die **Häuser heute doppelt und dreifach bezahlt.**

Dann — Mitte der sechziger Jahre — zogen sich die Großkapitalisten aus dem Bergbau zurück, das große Zechensterben begann. Der Bergmann hatte seine Schuldigkeit getan; nicht wenige hatten sich krank und kaputt malocht, sie flogen massenhaft auf die Straße, die Zechensiedlungen wechselten den Besitzer.

Heute wird die Ruinierung der alten Kumpels auf die Spitze getrieben. Hat man ihnen schon den Arbeitsplatz, die Gesundheit geraubt, so will man ihnen nun noch die Häuser, die „ihr eigen Fleisch und Blut" geworden sind, rauben; Großspekulanten strecken ihre gierigen Finger aus.

Wo der Profit regiert, wo das Geld die Macht hat, da versinkt alles andere in Bedeutungslosigkeit, das Recht auf Arbeit, das Recht der Alten, nach jahrzentelangem Malochen einen ruhigen, friedlichen Lebensabend zu verbringen.

Überall, wo die Mieter sich nicht zum Kampf zusammengeschlossen haben, siegte die Profitgier des Kapitals; überall da, wo die Mieter sich zum Widerstand erhoben, in Eisenheim, in Duisburg-Homberg, in Essen-Bergerhausen etc. konnte es teilweise völlig verhindert werden, daß das Kapital seine Interessen gegen die Werktätigen durchsetzte.

Insgesamt sind im Ruhrgebiet 1 Million Menschen betroffen. Es ist an der Zeit, daß sich die bestehenden Initiativen zusammenschließen, um gemeinsam dem Spekulantentum die Stirn zu bieten, um Erfahrungen auszutauschen, sich gegenseitig abzusprechen, um den Kampf zu koordinieren.

Heute sehen wir, wie in den Betrieben die Kampffront gegen das Kapital wächst, im Kampf um echte Lohnerhöhungen, gegen Massenentlassungen und Rationalisierungsterror, für Arbeitszeigverkürzung. Schon heute zeichnet sich ab, daß sich im Stadtteil eine neue mächtige Front gegen die Ausbeuter aufbaut, an der Front der Verteidigung der alten Arbeitersiedlungen vor dem Spekulantentum.


Mieter der Rheinpreußen-Siedlung bei ihrem Hungerstreik

Rheinpreußen bleibt

Kampferfolg der Mieter

Einen großen Erfolg haben nun die Mieter der Duisburger Rheinpreußen-Siedlung nach vierjährigem, aufopferungsvollem Kampf errungen. Nach einem 18tägigen Hungerstreik vor dem Duisburger Rathaus in Eis und Schnee und zum Teil klirrender Kälte, an dem 22 Mieter teilnahmen, erklärte sich die Stadt bereit, die Siedlung vom jetzigen Eigentümer, der Frankfurter BHF-Bank, zu kaufen.

Zur Zeit des „Zechensterbens" wechselte die Siedlung ihren Besitzer, sie fiel in die Hand des berüchtigten Baulöwen Kun.

Sofort fielen 1.000 Wohnungen den Baggern zum Opfer. Durch den wachsenden Widerstand konnten die Bewohner dann weitere Abrisse verhindern.

Nun wurde die Taktik des Rausekelns angewandt. Es wurde nichts mehr für die Instandsetzung der Häuser investiert; wenn Mieter auszogen, so wurden keine neuen mehr genommen. So sollte sich das Problem quasi von selbst lösen. Doch der Kampf ging weiter.

1976 gab die Stadt den Plan einer Sanierung per Abbruch auf und erließ ein Veränderungssperre; 1978 erließ sie eine Erhaltungssatzung; nun konnten die Häuser zwar nicht abgerissen werden, wurden aber an die meistbietenden Privatleute verkauft. Schon wieder hatten die Mieter das Nachsehen.

Die Bürgerinitiative bestand darauf, daß die Stadt kauft und die alten Mieter lebenslang behält. Dies geschah erst auf Druck der Öffentlichkeit, durch den harten Kampf der Mieter, durch die große Solidarität.

Ihre Erfahrungen mit der Stadtverwaltung haben sie klar zum Ausdruck gebracht: **„Arbeiter werden betrogen von der Stadtverwaltung"** war eine ihrer Losungen.

Ein Mitglied der Bürgerinitiative sagt zum jetzigen Erfolg: **„Eines ist klipp und klar bewiesen worden — wer sich nicht wehrt, kann nichts erreichen. Ohne Kampf gäbe es Rheinpreußen nicht mehr."**

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

ÖTV-Tarifforderung: Hellseher Kluncker

Kluncker und Konsorten sind offenkundig mit prophetischen Fähigkeiten begabt. Mit ihrer „Forderungsempfehlung", die sie Anfang Dezember auf die Mitglieder losgelassen haben, tippten sie genau richtig. Der „demokratische Meinungsbildungsprozeß" ist abgeschlossen, und was ist das Ergebnis? Genau die 6,5 Prozent, die den Mitgliedern empfohlen wurden!

Alledings hat die Sache einen kleinen Schönheitsfehler. Die 6,5 Prozent, die jetzt von der Großen Tarifkommission als Forderung festgelegt wurden, sind eine Sache. Was auf den Mitgliederversammlungen in den Betrieben sowie auf Vertrauensleutesitzungen diskutiert und gefordert wurde, ist hingegen eine ganz andere Sache.

Die Forderungen der Basis lagen weit höher, und es wurde in fast allen Fällen eine Festgeldforderung aufgestellt. Die ÖTV-Kollegen sind nämlich dagegen, daß die Bonzen eine Tarifpolitik betreiben, die nur den Großverdienern im öffentlichen Dienst (z. B. Richter, Staatsanwälte, Chefärzte, Ministerialbeamte usw.) zugute kommt. Sie kassieren kräftige Einkommenserhöhungen, während die einfachen Werktätigen mit einer jämmerlich niedrigen Lohn- oder Gehaltserhöhung vorlieb nehmen müssen, die unterm Strich nicht einmal die gestiegenen Lebenshaltungskosten auffängt.

Schon seit Jahren ist es nun immer wieder das gleiche: Die Kollegen an der Basis diskutieren, stellen Forderungen auf, wie sie ihren Interessen und ihrer Lage entsprechend notwendig sind. Die ÖTV-Bonzen aber setzen sich über diese Forderungen kaltlächelnd hinweg. Es wird Zeit, daß auch in der ÖTV dem Verrat der Gewerkschaftsbonzen die richtige Antwort erteilt wird: durch die Organisierung des Widerstandes der Basis, durch den Aufbau bzw. die Stärkung der RGO.


Streik der Müllarbeiter. Mit der 6,5-Prozent-Forderung setzen sich die ÖTV-Bonzen über die Forderungen der ÖTV-Kollegen hinweg.

Die 6,5-Prozent-Forderung ist wahrlich nicht das Gelbe vom Ei. In der jetzigen Situation aber gilt es, noch das beste daraus zu machen. Deshalb muß der Kampf jetzt darum geführt werden, diese Forderung ohne Abstriche voll durchzusetzen.

Der Unterschied zwischen Kluncker und Prof. Grotian



Am Dienstag vergangener Woche machte der Westberliner Professor Peter Grotian in der Fernsehsendung „Panorama" einen praktischen Vorschlag zur Milderung der Jugendarbeitslosigkeit. Er sprach sich dafür aus, daß Leute seines Standes im öffentlichen Dienst, also Hochschullehrer, Richter und die sonstigen gutbezahlten Staatsbediensteten, künftig auf einen Teil ihrer Gehaltserhöhungen verzichten sollen. Mit diesem Geld sollen dann im öffentlichen Dienst neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Grotian, der zu einer Gruppierung fortschrittlicher Hochschullehrer gehört, erklärte, er und seine Freunde seien sogar bereit, für diese Forderung zu streiken, obwohl dies nach den gleitenden Gesetzen nicht erlaubt ist. Offensichtlich sind Grotian und seine Freunde ehrlich bestrebt, sich für die arbeitslose Jugend einzusetzen und auch persönliche Nachteile dafür in Kauf zu nehmen. Eine andere Frage ist es allerdings, ob der Weg, auf dem sie ihre Solidarität mit den arbeitslosen Jugendlichen praktizieren wollen, gerade sonderlich erfolgversprechend ist.

Warum aber reagierte ÖTV-Chef Kluncker geradezu gereizt auf den gutgemeinten Vorschlag des Professors? Warum bezeichnete er ihn als „dubiose Aktion"? Bestimmt nicht wegen des etwas naiven Charakters, den dieser Vorschlag hat!

Eigentlich läuft ein solcher „Lohnverzicht" für Großverdiener auf das gleiche hinaus, wie das, was auch viele ÖTV-Mitglieder erreichen wollen, wenn sie sich gegen prozentuale Lohn- bzw. Gehaltsforderungen und stattdessen für Festbeträge einsetzen. Auf mehr Gerechtigkeit nämlich. Wenn Professor Grotian für mehr Gerechtigkeit ist und gleichzeitig etwas gegen die Jugendarbeitslosigkeit tun will, so ist das doch ein durchaus ehrenwertes Ansinnen!

Klunckers wütende Reaktion läßt sich wohl nur dadurch erklären, daß sich das Interesse der ÖTV-Bonzen an der Gerechtigkeit stark in Grenzen hält. Ob das wohl damit zusammenhängt, daß sie selbst oft höhere Posten im öffentlichen Dienst bekleiden? Der Unterschied zwischen ihnen und einem Professor Grotian besteht jedenfalls darin, daß letzterer sich lieber für die Interessen der einfachen Werktätigen einsetzt als für die seiner hochbezahlten Standesgenossen.

Bau-Tarifrunde

Erst Lohnstop, dann Maßhalten?

Auch in der IG Bau-Steine-Erden wächst die Opposition gegen die arbeiterfeindliche Haltung der Bonzen. Das zeigt sich u. a. daran, daß immer mehr Mitglieder Schritte dazu machen, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen. Ein solcher Schritt ist es beispielsweise, auf Mitgliederversammlungen zu gehen, um über die Tarifrunde zu diskutieren und Forderungen aufzustellen. In Dortmund haben mehrere Stadtteilversammlungen der IG Bau-Steine-Erden zur Tarifrunde 10 Prozent mehr als Forderung aufgestellt. Die Fachgruppe Angestellte hat einen Festbetrag von 230 Mark für alle bzw. 1,30 Mark auf den Stundenlohn gefordert.

Jedoch die Gewerkschaftsbonzen mit Sperner an der Spitze haben als Forderung 7,4 Prozent beschlossen. Diese Forderung ist auf jeden Fall zu niederig. Es sei hier nur auf zwei Punkte hingewiesen:

Zum ersten haben die Bauarbeiter wegen des extrem ungünstigen Wetters im letzten Sommer und in diesem Winter besonders hohe Lohneinbußen zu verkraften. Denn das Schlechtwettergeld ist ja weit niedriger als der Arbeitslohn.

Zweitens hatten die Gewerkschaftsbonzen den Kollegen vor zwei Jahren unverschämterweise einen Lohnstop aufs Auge gedrückt. Mit der Begründung, die damalige ausgeprägte Krise der Bauindustrie mache dies notwendig, hatten sie sich mit den Bau-Kapitalisten darauf geeinigt, für ein Jahr überhaupt keine Lohnforderung zu stellen. Der schwerarbeitende Bauarbeiter wurde so gezwungen, für die Unternehmer die Krisensuppe auszulöffeln und eine empfindliche Reallohnsenkung hinzunehmen. Jetzt, wo ein starker Boom in der Bauindustrie herrscht, schieben die Bauunternehmer Rekordprofite ein. Die niedrige Forderung von 7,5 Prozent ist von daher gesehen ein neuerliches Geschenk der Bonzen an die Unternehmer.

Jetzt heißt es für die Bauarbeiter, dagegen anzukämpfen, daß Sperner und Konsorten in den Verhandlungen von diesen 7,4 Prozent auch noch Abstriche machen! Die Bedingungen dafür, daß ein solcher Kampf zu Erfolgen führt, werden zunehmend günstiger. Immer mehr Kollegen in der Gewerkschaft, aber auch Unorganisierte, sind nicht mehr bereit, sich von Sperner und Co. verschaukeln zu lassen.



Kundgebung der Bauarbeiter am 9. 5. 78 in Dortmund

Die wachsende innergewerkschaftliche Opposition zeigt sich übrigens auch daran, daß der Bezirksverband Dortmund von der Gewerkschaftsführung gefordert hat, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für die Bauindustrie durchzusetzen.

IGBE: Keine Mitbestimmung bei Tarifforderung?

„IGBE ist schon voll auf Verhandlungskurs", schreibt die „Einheit", Zeitung der IG Bergbau und Energie zur diesjährigen Tarifrunde. Besser würde man allerdings sagen: IGBE-Bonzen schon voll auf Kurs zu einem Niedrigabschluß.

Noch haben die Bonzen keine Forderung für den Steinkohlebergbau festgelegt. Das soll im März geschehen. Nach den Vorstellungen von August Schmidt und seinen Kumpanen in den Spitzengremien der Bergbau-Gewerkschaft sollen die Kumpels hierbei keinerlei Recht auf „Mitbestimmung" haben. Denn ansonsten bestünde ja die Gefahr, daß die Forderung höher ausfällt, als es den Bossen der Ruhrkohle AG „wirtschaftlich vertretbar" erscheint.

Im niedersächsischen Metallerzbergbau haben die IGBE-Bonzen bereits am 8. Januar eine erste Verhandlungsrunde mit den Bergbau-Kapitalisten durchgeführt. Eine der Methoden zur Schwächung des Kampfes der Arbeiter, die von den IGBE-Bonzen benutzt werden, ist nämlich die enorme Aussplitterung der Arbeiterfront. So gibt es im Bergbau 80 Tarifbereiche! Für jeden besonderen Bergbauzweig, und sei er noch so klein, haben Schmidt und Co. einen eigenen Tarifbereich festgelegt. Dadurch ist es für sie leichter, den Kollegen ihre arbeiterfeindliche Politik aufzuzwingen und den Kampf dagegen zu unterlaufen.

Für verschiedene kleinere Bereiche haben die IGBE-Bonzen bereits die Forderungen festgesetzt. Sie lauten: 6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt, zwei zusätzliche Feiertage sowie eine Anhebung der Nachtschichtzulage.

„Abschluß ohne Kampf geplant"

RM sprach mit revolutionärem Betriebsrat der Druckindustrie

Wir führten zu der jetzt von der Großen Tarifkommission der IG Druck und Papier aufgestellten Lohnforderung ein Gespräch mit einem revolutionären Betriebsrat aus einem Druckbetrieb in Stuttgart.

RM: Kollege, was ist deine Meinung zu der Lohnforderung?

Betriebsrat: Die Forderung beträgt 6,5 Prozent und für die drei untersten Lohngruppen zusätzlich 3 Prozent. Nach der eigenen Aussage von Mahlein lag die Produktivitätssteigerung in der Druckindustrie im vergangenen Jahr bei 8,2 Prozent. Von daher gesehen ist die Forderung schon einmal niedrig.

RM: Und wie kam es zu dieser Forderung?

Betriebsrat: Die Methode der Aufstellung der Forderung hat viele Kollegen empört. In vielen Ortsvereinen der IG Druck und Papier wurde keine Mitgliederversammlung abgehalten, bevor die Große Tarifkommission die Forderungen aufstellte. So z. B. auch hier in Stuttgart. Das wird hier in Stuttgart mit Sicherheit auf der kommenden Mitlgiederversammlung zur Sprache gebracht.

RM: Aber in einigen Ortsgruppen gab es Mitgliederversammlungen?

Betriebsrat: Das stimmt. Dort, wo sie stattfanden und Forderungen aufstellten und auch da, wo Vertrauensleutekörper Forderungen stellten, lagen diese weit höher, als jetzt die 6,5 Prozent.

RM: Die Anhebung der unteren Lohngruppen um zusätzlich 3 Prozent ist aber ein Schritt in die richtige Richtung.

Betriebsrat: Ja. Das ist ein gewisser Erfolg. Das ist eine Reaktion der Großen Tarifkommission auf die Bewegung für Festgeldbeträge.

RM: Will die Gewerkschaftsführung in diesem Jahr die Lohnrunde schnell durchziehen?

Betriebsrat: In der Papierverarbeitung, einem eigenen Tarifbereich der IG Druck und Papier, hat die Gewerkschaftsführung ebenfalls 6,5 Prozent aufgestellt. Hier haben sie jetzt mit 4,3 Prozent auf Monate abgeschlossen. Man sieht also, was hier von der Gewerkschaftsführung vorprogrammiert ist. Im übrigen hat Mahlein bereits verlauten lassen, daß er eine schnelle Tarifrunde erwarte. Mit anderen Worten: Die IG-Druck-Führung möchte einen Abschluß ohne Kampf. Ob diese Rechnung allerdings aufgeht, das hängt von uns, von der Basis ab.

Worte des Vorsitzenden Schmidt

Adolf Schmidt, wegen seiner nahezu rechtsradikalen politischen Haltung auch Adolf Schmittler genannt, nahm kürzlich auf Einladung der SPD-Jugendorganisation Falken an einer Gesprächsrunde mit der Arbeitsgemeinschaft Junger Unternehmer in Oer-Erkenschwick teil. Wie die „Recklinghäuser Zeitung" berichtet, erhielt Schmidt dabei „von den Unternehmern mehrmals Beifall auf offener Szene". Außerdem sei es wiederholt zu Heiterkeitsausbrüchen der Teilnehmer gekommen. Im folgenden einige Marksprüche, die der Vorsitzende Schmidt laut „Recklinghäuser Zeitung" auf diesem Diskussionsforum von sich gegeben hat:

„Wenn ich gegen Rationalisierung wäre, müßte ich meinen Posten in England innehaben. Ich fahr da ja gern hin, lieber aber doch in umgekehrter Richtung." (???)

Über ein Plakat gegen die Berufsverbote in den Räumen der Falken:

„Das Schild ist da eine ganz schlimme Sache. Warum übernehmt ihr die Begriffe von Kommunisten? Bei uns gibt es keine Berufsverbote."

„Ich habe nichts gegen Profit, ich meine sogar, ich bekäme davon zu wenig ab."

Nach den Kollegen von den Dortmunder Hoesch-Hüttenwerken Phönix und Westfalenhütte haben nun auch die Vertrauensleute von Mannesmann Huckingen und Thyssen-Hamborn zur Rolle der IGM-Führung im Stahlarbeiterkampf Stellung genommen. Auch sie fordern unter anderem die Ablösung des Essener Bezirksleiters und IGM-Verhandlungsführers im Arbeitskampf, Kurt Herb.

Thyssen-Vertrauensleute reden Klartext

Loderer, Mayr und Janßen das Mißtrauen ausgesprochen

Darüber hinaus wird aber in den Resolutionen von Mannesmann und Thyssen ausdrücklich darauf hingewiesen, daß keineswegs Herb allein der „Sündenbock" sei, sondern daß die Niederlage, die die Stahlwerker in ihrem Kampf für einen Durchbruch zur 35-Stunden-Woche hinnehmen mußten, vor allem auf das Konto des Vorstandes der IG Metall geht.

Dementsprechend fordern die Kollegen nicht nur die Ablösung von Kurt Herb, sondern sie sprechen auch dem IGM-Vorsitzenden Loderer sowie den Vorstandsmitgliedern Janßen und Mayr das Mißtrauen aus. Zugleich fordern sie Änderungen an der Satzung und an der Organisationsstruktur der IG Metall, Änderungen, die sich gegen die Mißachtung der innergewerkschaftlichen Demokratie richten und die auf eine Kontrolle der Führungsgremien durch die Basis abzielen.

Die Resolution der Kollegen von Thyssen-Hamborn zeichnet sich im übrigen auch dadurch aus, daß hier Klartext gesprochen und ohne Beschönigung der Verrat der Gewerkschaftsführung beim Namen genannt wird. Damit hat sich der Vertrauensleutekörper von Thyssen Hamborn zum Sprecher aller klassenbewußten Mitglieder der IG Metall gemacht, die fühlen und durchschauen, daß die DGB-Bonzen Feinde der Arbeiterklasse sind, Arbeiterverräter, die mit den Konzernherren unter einer Decke stecken.

Einen solchen geballten Protest in dieser Schärfe, formuliert von aktiven Gewerkschaftern, von betrieblichen Funktionsträgern des Gewerkschaftsapparats — das hat es bislang noch nicht gegeben. Was wir hier erleben, ist die Herausbildung einer breiten klassenkämpferischen Opposition in den DGB-Gewerkschaften. Die Basis revoltiert gegen einen arbeiterfeindlichen Apparat, gegen eine Führung, die mit dem kapitalistischen System verwachsen ist und die unter der Fahne des „sozialen Friedens" planmäßig jeden konsequenten Kampf zur Durchsetzung der Arbeiterinteressen sabotiert.

Die Verschärfung des Gegensatzes zwischen Basis und reaktionärem Gewerkschaftapparat ist eine unvermeidliche Folgeerscheinung der Zuspitzung des Klassenkampfes im Zuge der verschärften kapitalistischen Krise. Es ist nackte Demagogie und eine totale Verdrehung der Tatsachen, wenn die DKP-Führung das Aufbrechen dieser Widersprüche und das Auftreten einer klassenkämpferischen Opposition in den Gewerkschaften als „gewerkschaftsfeindliche Spaltertätigkeit" hinstellen, wenn sie behaupten, dahinter stünden „großbürgerliche Kreise", die die Gewerkschaften schwächen wollten.

Das genaue Gegenteil ist der Fall. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter opponieren gegen die reaktionäre Linie der Gewerkschaft als „Ordnungsmacht", gegen die Unterordnung der Gewerkschaftsbewegung unter die kapitalistischen Profit- und Machtinteressen. Sie opponieren gegen die Politik der Zusammenarbeit mit dem Kapital, mit der die DGB-Bonzen den revolutionären Klassenkampf abwürgen wollen. Es sind gerade die Vertrauensleutekörper der bedeutendsten Stahlwerke an Rhein und Ruhr, jener Stahlwerke, die zugleich Brennpunkt des bislang härtesten Arbeitskampfes in der Geschichte der Bundesrepublik waren, die jetzt als erste offen in Opposition zur Gewerkschaftsführung getreten sind. Das ist kein Zufall. Die Stahlarbeiter gehören zum Kern des Industrieproletariats, zu den klassenbewußtesten Teilen der Arbeiterklasse. Wenn Vertrauensleutekörper aus solchen Bereichen nun den Weg einer entschiedenen Opposition gehen, ist das ein harter Schlag für die DGB-Bonzen.

Die Kollegen von Thyssen-Hamborn sind vollkommen im Recht, wenn sie die niederträchtige Verleumdung ihrer Forderung nach Ablösung von Loderer und Konsorten als „gewerkschaftsschädigend" empört zurückweisen. Es ist völlig richtig, wenn die Kollegen festhalten: „Personelle Konsequenzen zu fordern, ist ein schlichtes demokratisches Recht." Daß die DKP-Führer die Kollegen mit solchen Diffamierungen einzuschüchtern versuchen, zeigt ihren völligen Verrat an der Sache der Arbeiterklasse. Diese sogenannten „Kommunisten" erweisen sich nicht nur als Feinde der innergewerkschaftlichen Demokratie und als Stiefellecker der Bonzen, sondern auch als Abwiegler, die die Arbeiter vom revolutionären Klassenkampf abhalten wollen.

Die wahren Gewerkschaftsfeinde sind zuvorderst die Herren Loderer, Janßen, Mayr, Herb und ihresgleichen. Es stimmt, daß die Arbeiterklasse eine starke Gewerkschaft braucht. Aber eine Gewerkschaft, an deren Spitze Komplizen der Monopolkapitalisten stehen, ist nicht stark, denn sie kann unmöglich einer Organisation sein, die die Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten durchsetzt.

Eine Gewerkschaft, die eine wahrhafte Kampforganisation der Arbeiterklasse ist, wird nur entstehen, wenn die ehrlichen, klassenbewußten Gewerkschafter kompromißlos zwischen sich und den korrumpierten Gewerkschaftsbonzen das Tischtuch zerschneiden und wenn sie restlos und radikal mit jeder Politik der faulen Kompromisse, der Zugeständnisse an die Interessen des Kapitals brechen.

Vor diesem Bruch fürchten sich nicht nur die DGB-Bonzen und die DKP-Führer. Davor fürchten sich genauso auch die Monopolherren, die Bourgeoisie und ihre politischen Sachwalter in Bonn. Denn damit würde eine entscheidende Grundlage für die Lähmung und Schwächung des Kampfes der Arbeiterklasse, für die Spaltung der Arbeiterbewegung zerstört.



„Der Vorstand der IGM ist aus der Stahltarifrunde in keinster Weise angeschlagen hervorgegangen" (Eugen Loderer).
(Fotomontage aus: RGO-Nachrichten Nr. 2, Februar 1979, zu bestellen bei Thomas Scheffer, Postfach 3142, 3502 Vellmar.)

IG Chemie: Satzungsänderung gegen Mitgliederrechte

Bislang durften laut Satzung der IG Chemie die gewerkschaftlichen Vertrauensleute nur in Ausnahmefällen vom Ortsvorstand eingesetzt werden. Normalerweise schrieb die Satzung die Wahl der Vertrauensleute durch die Mitglieder vor. Jetzt soll das undemokratische Einsetzen durch den Ortsvorstand zur Regel gemacht werden. Der Hauptvorstand der IG Chemie will folgende veränderte Bestimmung in die Satzung bringen: *„In allen Betrieben sind gewerkschaftliche Vertrauensleute zu wählen oder durch den Verwaltungsstellenvorstand zu berufen."* In der Praxis stellen sich die Bonzen das dann so vor: Entweder wird von vornherein nicht gewählt; wenn ihnen jedoch ein gewählter Vertrauensmann nicht paßt, etwa weil er zu klassenkämpferisch ist, wird er nicht anerkannt und statt dessen wird ein den Bonzen genehmer Kandidat eingesetzt. Ob die IG-Chemie-Bonzen hier schon präventiv auf die Vorfälle in der IG Metall im Stahlbereich reagieren?

Stahl-Urabstimmung: Fälschungsgerüchte verstummen nicht

WESTFÄLISCHE
WR RUNDSCHAU

de geführt werden. Das haben Vertrauensleute der Dortmunder Hoesch-Hüttenwerke vorgeschlagen.

In den letzten Tagen waren in Kreisen von Duisburger Vertrauensleuten und Betriebsräten Vermutungen aufgetaucht, die Zahl der Stimmenthaltungen bei der letzten Stahl-Urabstimmung könnte manipuliert sein. Nach internen Hochrechnungen hatten sie eine Wahlbeteiligung von nur 84 statt der offiziellen 90,88 Prozent ermittelt.

Darauf erklärte Verhandlungsleiter Kurt Herb gestern in Essen, von Hochrechnungen auf der Basis einiger Verwaltungsstellen mit Stahlbetrieben könnte keinesfalls auf das „gültige Ergebnis" geschlossen werden, da sehr viele Stahlarbeiter an ihrem Wohnort, teilweise weit entfernt von ihrem Arbeitsort, zur Urne gegangen seien. „Gültig" könne deshalb nur die Summe der Ergebnisse aus allen Wahllokalen sein. Das Urabstimmungsergebnis sei im übrigen unter der Aufsicht eines Abteilungsleiters der Vorstandsverwaltung in Frankfurt ermittelt worden.

Vor mehr als vier Wochen stieß der in Frankfurt erscheinende „Informationsdienst für unterbliebene Nachrichten" (ID) auf erhebliche Ungereimtheiten beim vom IGM-Vorstand angegebenen Urabstimmungsergebnis über den Abschluß in der Stahlindustrie. Der ID hatte Hochrechnungen mit den nur teilweise bekanntgewordenen Einzelergebnissen angestellt. Als sich der ID an die zuständigen Stellen des IGM-Apparates wandet, um Aufklärung zu erhalten, weigerte man sich, mit konkreten Argumenten und Zahlen die Bedenken zu entkräften. Der „Rote Morgen" berichtete über diese Angelegenheit in seiner Ausgabe Nr. 6/79 vom 9. Februar. Das nebenstehende Faksimile stammt aus der Dortmunder Tageszeitung „Westfälische Rundschau" (Ausgabe vom 22. Februar). Die seltsame Stellungnahme des Essener Bezirksleiters Kurt Herb und die Weigerung der IGM-Führung, die Einzelergebnisse zu veröffentlichen, sind nicht gerade dazu angetan, den häßlichen Verdacht zu zerstreuen.



Sie waren entschlossen, den Kampf für die 35-Stunden-Woche weiterzuführen: Streikposten bei Thyssen im Streikkampf, Dezember 1978.

Resolution der Vertrauensleuteversammlung Thyssen-Hamborn

Nach 6wöchigem Arbeitskampf in der Eisen- und Stahlindustrie müssen wir feststellen, daß das Ziel, für das wir angetreten waren, nicht erreicht worden ist.

Unser Ziel war Arbeitsplatzsicherung durch 35-Stunden-Woche für alle und nicht Humaniserung durch Freischichtenregelungen für einzelne Personengruppen. Der Jahresurlaub für alle ist zwar ein Erfolg, aber eine Urlaubsregelung stand in dieser Tarifrunde nicht an. Wir können nicht dem Versuch zustimmen, den Mißerfolg in der Arbeitsplatzsicherung durch den Urlaubserfolg zu vertuschen.

Daß wir unser Streikziel nicht erreicht haben, lag nicht nur an der Macht der vereinigten Unternehmer, denn unser Kampf stand bei Beendigung kurz vor dem entscheidenden Durchbruch durch die Arbeitgeberfront. Verantwortlich für die Niederlage war auch der Kurswechsel der zentralen Streikleitung mitten im Kampf. Da die Bezirksleiter laut Satzung auf Anweisung des Vorstandes handeln, trifft die Verantwortlichkeit für Kurswechsel und Niederlage den Vorstand der IGM.

Wir sagen hier offen, daß dieser Kurswechsel zwar eine Zustimmung durch die Mehrheit von Tarifkommissionsmitgliedern aus nichtbestreikten Betrieben gefunden hat, aber für die Streikenden selbst ein Schlag ins Gesicht war. Wir, die wir im Streik gestanden haben, wissen, daß die Entscheidung des IGM-Vorstandes, die 35-Stunden-Forderung fallen zu lassen, zugleich bedeutet: grünes Licht für den Abbau weiterer 50.000 Arbeitsplätze in der Eisen- und Stahlindustrie NRW.

Als Betroffene stellen wir fest, daß hier ein übles Spiel mit unserer Existenz gespielt worden ist. Das können wir auf keinen Fall hinnehmen. Durch die Niederlage ist die Kampfbereitschaft vieler Kollegen zerstört und damit die Kampfkraft unserer gewerkschaftlichen Organisation geschwächt. Da wir uns auch in Zukunft gegen die Unternehmerwillkür wehren müssen, ist es notwendig zu unterbinden, daß der Wille von kampfbereiten Kollegen im Streik noch einmal so hintergangen werden kann, wie wir es jetzt erleben mußten. Deshalb müssen wir folgende innergewerkschaftliche Veränderungen vornehmen:

1. Die Entscheidungsvollmachten des Vorstandes müssen eingeschränkt werden. Alle Maßnahmen des Vorstandes müssen grundsätzlich kontrollierbar sein. Z. B. muß der Bezirksleiter zukünftig gewählt und nicht mehr vom Vorstand gestellt werden. Seine Bindung an die Weisungen des Vorstandes muß aufgelöst werden.

2. Die Zusammensetzung der Tarifkommissionen muß im Verteilerschlüssel für die Betriebe geändert werden.

3. Die Tarifkommisssionssitzungen müssen für alle Gewerkschaftsmitglieder kontrollierbar sein. Deswegen ist Protokollpflicht einzuführen sowie namentliche Abstimmung.

4. Zukünfig muß bei einem Arbeitskampf die zentrale Streikleitung ihre Maßnahmen mit den örtlichen und betrieblichen Streikleitungen gemeinsam treffen.

Alle diese Forderungen werden wir in nächster Zeit in Anträgen zum IGM-Gewerkschaftstag 1980 ausformulieren.

Zusätzlich stimmen wir mit unseren Kollegen von Hoesch Phönix, Hoesch Westfalenhütte, Thyssen AG Werk Hüttenheim und Mannesmann darin überein, daß wir zukünftige Tarifpolitik mit Aussicht auf Erfolg nur führen können, wenn die Funktionäre abgelöst werden, die unser Vertrauen nicht mehr besitzen. Verantwortlich für die Niederlage auf gewerkschaftlicher Seite sind unserer Meinung nach in erster Linie die Vorstandsmitglieder Loderer, Mayr und Janßen sowie der Essener Bezirksleiter Herb, da sie den Kurswechsel im Kampf vollzogen haben.

Personelle Konsequenzen zu fordern, ist ein schlichtes demokratisches Recht.

Wir wehren uns entschieden dagegen, daß solche Forderungen als gewerkschaftsschädigend diffamiert werden.

Diskussion um „Holocaust“

50.000 Menschen haben sich in den letzten Wochen ratsuchend an die Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn gewandt. Sie forderten die Broschüre an, die von der Anstalt zur Fernsehserie „Holocaust“ erarbeitet wurde. Eine wahrheitsgemäße Antwort auf ihre vielfältigen Fragen jedoch haben sie damit nicht bekommen.



Deutsche Antifaschisten verteidigen die spanische Republik. Unser Bild zeigt einen Gefechtsstand des „Thälmann“-Bataillons.



Ernst Thälmann, der Vorsitzende der KPD, im faschistischen Kerker. Am 18. August 1944 wurde der Genosse Thälmann von den Nazis im KZ Buchenwald ermordet.

Der Widerstand gegen den Hitler-Faschismus

Mit der Entfesselung des imperialistischen Raubkrieges verschärften die Hitler-Faschisten auch die blutige Unterdrückung des deutschen Volkes, vervollkommneten sie ihr System des Terrors und der Bespitzelung. Zugleich steigerten sie ihre zügellose rassistische und chauvinistische Hetze, schürten sie — zum großen Teil mit Erfolg — nach den „Blitzkriegen“ der Wehrmacht gegen Polen, Frankreich usw. Hoffnungen auf ein baldiges Ende des Krieges und damit verbunden auf eine entscheidende Verbesserung der Lebensbedingungen der Massen.

Diese Bedingungen erschwerten den heldenhaften Kampf des antifaschistischen Widerstandes ungemein. Aber dennoch gab es keine Abschwächung dieses Kampfes, schon gar nicht ein weitgehendes Ersterben des Widerstandes, von dem einige bürgerliche „Historiker“ gerne schwätzen. Das Gegenteil war der Fall. Zum einen bildeten sich gerade in den Kriegsjahren breite antifaschistische Gruppen heraus. Und zum anderen konnte die KPD, die den Kern dieser Gruppen bildete, ihre Organisation im faschistischen Deutschland trotz aller Blutopfer immer weiter festigen. Es gelang den illegalen Kommunisten, die Zellen der Partei weiter zu aktivieren, die Verbindungen zwischen ihnen zu stärken, in einigen Regionen neue Bezirksleitungen und schließlich eine unter der Führung des ZK stehende operative Leitung der KPD für Deutschland zu bilden.

Was war der Charakter, die Tätigkeit der antifaschistischen Widerstandsgruppen, die sich um die Zellen der Partei bildeten? Betrachten wir als Beispiel eine der größten unter ihnen, die Safkow-Bästlein-Jacob-Gruppe in Berlin. Ihr Schwerpunkt lag in den Großbetrieben der Hauptstadt. Bei Siemens, Osram, AEG und in 30 weiteren Betrieben kämpften in den illegalen Zellen kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter Seite an Seite gegen die faschistische Diktatur. Darüber hinaus bestanden auch enge Kontakte zu nicht-proletarischen Kreisen des Widerstandes.

Hier ist in erster Linie die Gruppe um die beiden Antifaschisten Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen zu nennen, die im faschistischen Staats- und Militärapparat arbeitete. Die weitreichenden Verbindungen dieser Gruppe ermöglichten es dem Widerstand unter anderem auch, Einsicht in Teile der Kriegspläne der Nazi-Wehrmacht zu erlangen und dadurch wichtige militärische Informationen an die Rote Armee zu übermitteln.

Die hauptsächlichen Kampfformen der Berliner wie auch der anderen Widerstandsgruppen bestanden einmal in der Sabotage der faschistischen Kriegsproduktion. Das reichte von der Organisierung einer „Arbeitelangsam-Bewegung“ über die Produktion von Ausschuß, die planmäßige Beschädigung von Maschinen und Verschwendung von Material bis hin zur Herbeiführung von Zugentgleisungen und zur Sprengung von militärischen Einrichtungen.

Zum anderen betrieben die Widerstandsgruppen eine ausgedehnte Propagandatätigkeit. Sie stellte in versteckten Druckereien illegale Flugblätter, Zeitungen, Klebezettel usw. her, die unter den größten Gefahren in den Betrieben verbreitet, in Briefkästen gesteckt oder auch an die Front geschickt wurden. In jenen Jahren der vollständigen Gleichschaltung aller Medien auf den Kurs der faschistischen Kriegstreiber waren diese Materialien des Widerstandes die einzigen Künder der Wahrheit in der tiefsten Nacht der faschistischen Barbarei. Eine weitere wichtige Tätigkeit der Widerstandsgruppen war die Organisierung der Solidarität mit den Familien der vom Terrorregime eingekerkerten oder hingemordeten Genossen und mit den Zwangsarbeitern, die zu Millionen aus den besetzten Ländern in die deutschen Rüstungsbetriebe geschleppt wurden.

Mit den Zwangsarbeitern und den nach Deutschland verschleppten Kriegsgefangenen entwickelten die Widerstandsgruppen eine feste Zusammenarbeit. Eines der großartigsten Beispiele dafür ist die „Antinazistische Volksfront“ (ADV), die hauptsächlich in Süddeutschland wirkte. Diese Gruppe war von Kommunisten und Anhängern der christlich-radikalen Arbeiter- und Bauernpartei aufgebaut worden. Sie hatte Verbindungen zu zahlreichen Betrieben und Kasernen im ganzen süddeutschen Raum und außerdem eine enge Zusammenarbeit zu der von Kriegsgefangenen sowjetischen Offizieren gebildeten Geheimorganisation „Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen“ herstellen können. Die „Brüderliche Zusammenarbeit“ wiederum hatte Stützpunkte in nahezu allen süddeutschen Kriegsgefangenenlagern und in über 20 Lagern von Zwangsarbeitern aus Osteuropa. Das gemeinsame Ziel der Gruppen war die Vorbereitung des Aufstandes gegen die faschistische Diktatur. Im Jahr 1943 verfügten sie im Raum von Karlsruhe bis hinein nach Österreich über eine Formation von Tausenden militärisch gegliederter und teilweise bewaffneter Widerstandskämpfer.

Terror und Verrat

Es gelang der faschistischen Gestapo jedoch, in die Gruppe einzudringen und einen großen Teil ihrer Mitglieder zu verhaften. 1944 wurden in Dachau allein 93 sowjetische Offiziere und Zwangsarbeiter hingemordet. Ähnliche Lücken riß der faschistische Terror auch in die Reihen der anderen Widerstandsorganisationen. Man muß ja immer vor Augen haben, daß jede Aktion dieser Gruppe den vieltausendköpfigen Spitzel- und Terroapparat der Faschisten in Bewegung brachte. Die Illegalen konnten demgegenüber nur ihre große Tapferkeit, ihre Erfahrungen und ihr Geschick in der konspirativen Arbeit und die Verbindung zu ihren Klassenbrüdern ins Feld führen. Aber wo immer die faschistische Bestie zupacken konnte, wo immer sie die ersten Anhaltspunkte für eine antifaschistische Tätigkeit fand, da schlug sie erbarmungslos zu — mit ausgedehnten Razzien, mit Massenverhaftungen und dann setzte sich das Henkersbeil der Diktatur in Bewegung. So fielen auch die Führer der hier erwähnten Berliner Widerstandsgruppen, die Genossen aus Mitteldeutschland, dem Ruhrgebiet usw.

Auch die Mitglieder der ersten operativen Leitung der KPD wurden ebenso wie viele aus dem Ausland illegal eingereisten Beauftragte des Zentralkommitees der Partei von den Faschisten hingemordet. Und es war auch Verrat im Spiel. Hier sei nur kurz auf die schändliche Rolle des Herbert Wehner, heute Fraktionsvorsitzender der SPD, damals ZK-Mitglied der KPD, verwiesen. Wehner hatte den Auftrag, von Schweden nach Deutschland zu gehen und den Kampf der illegalen Parteiorganisationen zu stärken. Er aber zog es vor, voller Angst vor diesem Auftrag und der Arbeit im faschistischen Deutschland, sich bewußt von der schwedischen Polizei verhaften zu lassen. Und nicht nur das. Er machte freiwillig umfangreiche Angaben über die Auslandsleitung der KPD, über ihre Verbindungswege nach Hitler-Deutschland, über Anlaufstellen und Funktionäre in Deutschland selbst. Angaben, die — wie er genau wußte — auch der Gestapo zugespielt wurden. Das Ergebnis dieses Verrats kann man sich ausmalen: weitere Verhaftungen, ein neuer Rückschlag in der antifaschistischen Arbeit und in der Konsequenz der Tod weiterer Genossen unter dem Henkersbeil der Nazis. Wegen dieses schändlichen Verrats ist Wehner aus den Reihen der deutschen Kommunisten ausgestoßen worden.

Für eine Volksherrschaft unter Führung der Arbeiterklasse

Aber trotz des Wütens des faschistischen Terrors unter den Mitgliedern des antifaschistischen Widerstandes ging der Kampf weiter. Für die, die von den Nazis zu Tode geschunden wurden, standen neue Genossen auf. Je länger sich der Krieg hinzog, je wuchtigere Schläge die faschistischen Eroberer nach ihrem Einfall in die Sowjetunion von der Roten Armee empfingen, desto breiter wurde die Unzufriedenheit im deutschen Volk und desto mehr Menschen drängten zur antifaschistischen Aktion in der Widerstandsbewegung. Die KPD hatte diese Bewegung auf die Ziele orientiert: Sturz der Hitler-Diktatur, schnellste Beendigung des Krieges und Schaffung eines freien, unabhängigen und demokratischen Deutschlands. Wobei dieses Deutschland der Zukunft, für das der Kampf geführt wurde, — wie es in einem Manifest der operativen Leitung der KPD hieß — „eine wirkliche Volksherrschaft unter Führung der Arbeiterklasse gegen Faschismus und Finanzkapital darstellen“ sollte.

Unter diesen Losungen organisierte die Partei in der Widerstandsbewegung — getreu den Beschlüssen der beiden in der Illegalität durchgeführten Parteitage — die antifaschistische Volksfront, die alle Gegner der Hitler-Diktatur zusammenschloß. Eine große Hilfe für die Entfaltung der Widerstandsbewegung in Deutschland und eine neue Stufe des Kampfes gegen den Faschismus bildete die Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ im Juli 1943. Das Komitee wurde von deutschen Kommunisten, die nach der Sowjetunion emigriert waren und kriegsgefangenen Antifaschisten gebildet. Sein Präsident war der kommunistische Dichter Erich Weinert. Das NKFD entfaltete eine aktive Propaganda unter den deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion und auch unter den Frontsoldaten, die von den Faschisten kommandiert, in der Sowjetunion standen. Darüber hinaus betrieb das Komitee einen Sender auf sowjetischem Territorium, der bis nach Deutschland hineinstrahlte und dort die antifaschistischen Losungen verbreitete. Die von dem Genossen Stalin geführte proletarische Staatsmacht unterstützte die Tätigkeit der deutschen Antifaschisten nach all ihren Kräften. Das stand im scharfen Widerstand zu der Haltung der „demokratischen“ westlichen Regierungen, die den deutschen Antifaschisten mit Feindschaft begegneten und sie, wo immer sie konnten, in ihrer Tätigkeit behinderten.





Erich Weinert (Mitte) während der Gründungstagung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ in der Sowjetunion

Der Putsch vom 20. Juli 1944

Wir haben hier fast ausschließlich über den Widerstand der Arbeiterklasse und der von der KPD geführten antifaschistischen Bewegung gegen die Nazi-Diktatur berichtet. Das bedeutet natürlich nicht, daß es darüber hinaus keinen Widerstand gegen die braunen Machthaber gegeben hätte. Es sei hier nur an die heldenhaften Aktionen des Münchener Studentenkreises „Weiße Rose“ um die Geschwister Scholl erinnert. Erwähnt werden muß auch die aufrechte antifaschistische Haltung, die viele in die Emigration getriebene deutsche Geistesschaffende einnahmen. Hier ist besonders das unermüdliche Wirken des Schriftstellers Heinrich Mann — in den dreißiger Jahren Vorsitzender des Ausschusses zur Vorbereitung einer „Deutschen Volksfront für die Einheit aller Hitlergegner“ hervorzuheben. Antifaschistische Patrioten gab es schließlich auch unter den Offizieren, die den Putsch vom 20. Juli 1944 durchführten. Das gilt für die Gruppe um den Obersten Schenck von Stauffenberg, die teilweise mit den Ideen des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ sympathisierte. (Der größte und einflußreichste Teil der Verschwörer vom 20. Juli allerdings — die Gruppe um Beck und Goerdeler — verfolgte reaktionäre Absichten. Diese Leute wollten Hitler nur deshalb beseitigen, weil sie richtig erkannten, daß sein Krieg verloren war. Sie wollten das Nazi-Regime durch eine Militärdiktatur ersetzen und den Raubkrieg gegen die Sowjetunion gemeinsam mit den Westmächten fortsetzen.)

Der nichtproletarische Widerstand jedoch hatte bei weitem nicht die Breite und auch nicht die klare Perspektive wie der von der KPD geführte Arbeiterwiderstand. Zudem war ein gewichtiger Teil dieses Widerstands auch direkt oder indirekt mit dem Kampf der KPD verbunden. Das gilt etwa für Heinrich Mann und andere bürgerliche Intellektuelle der Emigration, die eng mit der Auslandsleitung der Partei zusammenarbeiteten. Das gilt auch für die Gruppe um Stauffenberg, die über Mittelmänner mit der operativen Inlandsleitung der KPD in Verbindung stand.

Gewaltige Blutopfer

Es war die kommunistische Partei, die von Anfang an den Widerstand gegen die faschistische Diktatur organisiert, die ihm eine richtige Orientierung gegeben und Menschen aller Schichten des Volkes gegen die braune Barbarei zusammengeschlossen hat. Die KPD vor allem hat in jenen finsteren Jahren unseres Vaterlandes die Ehre der Nation gerettet, hat vor den Völkern der Welt den Beweis erbracht, daß Deutschland und Faschismus nicht ein- und dasselbe waren. Und die Partei hat gewaltige Blutopfer erbringen müssen. Von den 300.000 Mitgliedern, die sie 1933 hatte, sind

Fortsetzung auf Seite 7

Der Widerstand gegen den Hitler-Faschismus

Fortsetzung von Seite 6

150.000 verfolgt und verschleppt, ins Zuchthaus und ins KZ geworfen worden. 35.000 Genossen mußten ihren Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse und der Nation mit dem Leben bezahlen. Unter ihnen zahllose in langjährigen Kämpfen gestählte Arbeiterführer; an erster Stelle Ernst Thälmann, den die faschistische Bestie kurz vor ihrem Untergang im August 1944 ermordete.

Wir konnten in diesem Artikel nicht die ganze Breite des Widerstandes in Deutschland darstellen. Und nicht nur in der Heimat selbst hatten ja die deutschen Antifaschisten gekämpft. Sie standen auch auf den Schlachtfeldern Spaniens, sie standen — mit der Waffe in der Hand — an der Seite der Partisanen in Frankreich, in Griechenland, in der Sowjetunion usw.



Den Häftlingen des KZ Buchenwald gelang es, sich aus eigener Kraft zu befreien. Unser Bild zeigt einige der Waffen, die sie sich beschafft hatten.

Seine vielleicht größte Bewährungsprobe bestand der antifaschistische Widerstand in den letzten Wochen der blutigen Diktatur. Das Ende vor Augen, zu Boden geschlagen von der Roten Armee und den alliierten Truppen, wollten die Faschisten alles, was noch von Deutschland übrig war, mit in den Abgrund reißen. Sie befahlen die Verteidigung der Städte bis zum Allerletzten, die Sprengung von Industrie- und Verkehrsanlagen — und die Vernichtung all derer, die bis dahin in den Konzentrationslagern überlebt hatten.

Aber auch hier — inmitten der Todeslager — hatten sich die Illegalen ihre politischen und militärischen Organisationen geschaffen. In Mauthausen etwa war in zweijähriger unsälich schwieriger Arbeit eine starke Militärorganisation aufgebaut worden. Am 5. Mai 1945 wurde das Signal zum Aufstand gegeben, der die faschistischen Wacheinheiten hinwegfegte. Mit den erbeuteten Waffen konnten 1.000 Kämpfer ausgerüstet werden. Auch im KZ Buchenwald gelang es der illegalen Militärorganisation, die über 178 Kampfgruppen mit 850 teilweise bewaffneten Männern verfügte, das Lager aus eigener Kraft zu befreien.

In vielen Städten Deutschlands operierten in diesen Tagen antifaschistische Kampfgruppen. In einigen Orten konnten sie den erfolgreichen Widerstand gegen die Zerstörungsbefehle der Faschisten organisieren und die kampflose Übergabe der Städte an die Truppen der Antihitler-Koalition gewährleisten.

Es darf kein zweites '33 geben

Die KPD, die in ihrem ganzen Kampf während der zwölfjährigen Periode der Blutdiktatur stets auf den Sturz der faschistischen Herrschaft orientiert hatte, vermochte das deutsche Volk nicht zur Selbstbefreiung zu führern. Es ist nicht einmal möglich gewesen, antifaschistische Massenaktionen größeren Umfangs auszulösen. Das ist gewiß eine bittere Tatsache. Aber keinesfalls darf man daraus den Schluß ziehen, dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit die Schuld an den Verbrechen des Faschismus in die Schuhe zu schieben, wie es die bürgerlichen Demagogen mit ihrer „Kollektivschuld"-Theorie tun.

Man muß sich vielmehr nüchtern die Tatsachen vor Augen führen, die zu der hier beschriebenen Entwicklung geführt haben. Da war einmal der schrankenlose Blutterror der Faschisten, der bis zum Ende anhielt und sich gegen jede — auch die kleinste — oppositionelle Regung richtete. Zum anderen darf auch der verderbliche Einfluß der faschistischen Ideologie nicht unterschätzt werden, dem das deutsche Volk ausgesetzt war. Schließlich muß man auch die Rolle der SPD- und Gewerkschaftsführer berücksichtigen, die vor dem Machtantritt des Faschismus breit den Geist der Passivität, der Klassenversöhnung und des Antikommunismus in die Arbeiterklasse hineingetragen und somit ideologische Vorarbeit für den Faschismus geleistet haben. (Zudem haben die meisten der reformistischen Führer auch in der Emigration nach 1933 an ihrer schändlichen Politik der Sabotage der Einheitsfront, an ihrer antibolschewistischen Hetze festgehalten.) Diese Umstände berücksichtigen heißt natürlich nicht, das deutsche Volk generell von jeder Verantwortung für die dunkelsten Jahre seiner Geschichte freizusprechen.

Entschieden aber muß man allen Versuchen entgegentreten — wie sie gerade jetzt in der „Holocaust"-Diskussion wieder im Schwange sind — die Schuld an der faschistischen Terrorherrschaft auf das deutsche Volk abzuwälzen. Schuldig sind diejenigen, die Hitler in ihren Dienst gestellt haben: die Monopolherren, die die Nazis finanzierten, an die Macht hievten und sie zum Instrument der Unterjochung des deutschen Volkes und der Versklavung seiner Nachbarvölker machten. Schuldig sind die großen und kleinen Henker der Blutdiktatur und auch ihre Wegbereiter. Die größten Verbrecher und Kriegsbrandstifter, die Herren der Banken und Konzerne, üben auch heute ihre Macht über einen Teil unseres Volkes aus. Und wir müssen aus den bitteren Erfahrungen unserer Geschichte vor allem diese Lehre ziehen: Es darf nicht noch einmal so weit kommen. Es darf kein neues '33 geben. Mit allen Kräften müssen wir im revolutionären Kampf verhindern, daß die Krupp, Siemens und Thyssen ein zweites Mal ihre faschistische Terrorherrschaft über unser Volk errichten.

Polizei sah zu:

NPD durfte Anti-„Holocaust"-Flugblatt verteilen

1.000 Antifaschisten protestierten

Unter dem Schutz der Polizei konnten Faschisten der NPD am 17. Februar in München Flugblätter mit dem Titel „Holocaust — Volksverhetzung gegen Deutschland" verteilen. Diese Provokation erlaubten sich die Neonazis, nachdem ihnen vorher aufgrund der Empörung der Öffentlichkeit eine größere „Anti-Holocaust-Aktion" verboten worden war.

Gerade unter dem Eindruck der Holocaust-Sendung im Fernsehen konnten breite Teile der Münchner Bevölkerung das unverschämte Auftreten der NPD nur als Provokation auffassen. So mußten sich die Flugblattverteilenden Faschisten wütende Proteste aus den Reihen der Passanten anhören und wurden zum Teil auch von entrüsteten Antifaschisten tätlich angegriffen.



Gegen diese Nazi-Provokation demonstrierten mehr als 1.000 Menschen auf einer antifaschistischen Protestkundgebung. Aufgerufen hatten die VVN und die Lagergemeinschaft Dachau, eine Vereinigung von ehemaligen Häftlingen des KZs Dachau. Auf Transparenten der Organisatoren hieß es: „Aktionseinheit gegen Neo-Nazis — der Feind steht rechts!" und „Nie wieder Krieg!". Auf der Kundgebung, an der viele Gewerkschafter, Jugendliche und auch Genossen unserer Partei teilnahmen, sprachen der ehemalige Dachau-Häftling Alfred Haag, der vom Berufsverbot betroffene Lehrer Edgar Vögel und der ehemalige Buchenwald-Häftling Oskar Neumann. Die Redner forderten die Auflösung aller Nazi-Organisationen einschließlich der NPD sowie das Verbot aller Nazi-Aktivitäten. Auch auf Transparenten unserer Partei hieß es: „Verbot aller faschistischen Organisationen!", „Keine Verjährung von Nazi-Verbrechen!" und „Holocaust: Ein neues '33 darf es nicht geben!"

Während der Kundgebung kam es zu Zusammenstößen zwischen Antifaschisten und NPD-Faschisten. Diese Zusammenstöße waren jedesmal für die Polizei ein Anlaß, Teilnehmer der antifaschistischen Kundgebung zu fotografieren. Auch getarnte Fotografen des Verfassungsschutzes trieben sich nach Aussagen vieler Antifaschisten auf der Kundgebung herum.

Das Verhalten der Polizei bei diesem Anlaß ist typisch dafür, wie der Bonner Staat die Neofaschisten fördert. Während jede Auseinandersetzung zwischen Nazis und Antifaschisten dazu benutzt wurde, Fotos von den Antifaschisten für die Karteien des Verfassungsschutzes zu machen, erlaubte man den Nazis, ihre faschistischen Flugblätter zu verteilen.

Die Polizei ging dabei nach dem Motto vor, daß sie nur dann gegen Flugblattverteiler vorzugehen habe, wenn diese „gemeinsam und zusammen" in Aktion träten. Einzelne „konnte sie leider nicht daran hindern". Damit berief sie sich auf eine formale Bestimmung, nach der nur gemeinschaftliches Verteilen als eine anmeldungspflichtige Versammlung anzusehen sei, die in diesem Falle ja verboten worden war.

Unter dem Deckmantel dieser Bestimmung, die jederzeit gegen linke Demonstranten benutzt wird, um brutale Polizeieinsätze zu rechtfertigen, konnten hier die NPD-Faschisten das ursprünglich erreichte Aktionsverbot für die „Anti-Holocaust-Aktion" unterlaufen. Über das Flugblatt der NPD ließ die Polizei verlauten, daß es inhaltlich „gegen keine Strafbestimmungen verstoße"!

Gegen diese Duldung der nazistischen Aktivitäten unter einem formaljuristischen Deckmanten steht die Forderung der Antifaschisten: „Verbot aller faschistischen Organisationen!"

Zwei Urteile

Von der Staatsschutzkammer beim Landgericht Frankfurt ist jetzt ein 24jähriger KBW-Funktionär zu neun Monaten Haft mit Bewährung und 3.000 Mark Geldbuße verurteilt worden.

Sein Verbrechen: Nach dem Tod von Generalbundesanwalt Buback war in Wiesbaden ein Plakat gezeigt worden, auf dem es hieß: „Das Vorgehen der Anarchisten wie im Fall Buback ist nicht radikal genug. Mit der Beseitigung Bubacks ist der Staatsapparat nicht zu zerschlagen. Das ist aber notwendig zur Durchführung der Revolution." Nach Aussagen eines Zeugen soll der Beschuldigte den Inhalt des „möglicherweise von Gesinnungsgenossen aufgestellten Plakats" verteidigt haben. Für eine solche Meinungsäußerung: neun Monate Gefängnis mit Bewährung und 3.000 Mark Strafe!

Zu etwa der gleichen Zeit wurden in Essen von der 6. Strafkammer des Landgerichts drei aktive Neonazis aus Dorsten zu sechs bis zwölf Monaten Haft verurteilt, die zur Bewährung ausgesetzt wurden! Hatten sie ähnliche Äußerungen gemacht wie der verurteilte KBW-Funktionär? Keineswegs. Sie waren angeklagt wegen Brandstiftung, Verbreitung faschistischer Symbole und einem Brandanschlag auf ein örtliches Büro der FDP! Wegen dieser Delikte würde jeder Vertreter der politischen Linken für mindestens zehn Jahre ins Gefängnis gehen! Aber gegenüber den neonazistischen Terroristen ging das Gericht sogar soweit, die Strafe zur Bewährung auszusetzen. Denn, so heißt es in der Urteilsbegründung: „Eine weitere Verurteilung würde einen maßgeblichen Eingriff in die Existenz der Angeklagten darstellen."!

Antifaschistische Aktion in Coburg

Am 17. 2. 79 führte das Antifaschistische Komitee Coburg eine Aktion zur Solidarität mit dem kämpfenden Volk des Iran durch. Vormittags wurde ein Stand in der Innenstadt aufgestellt und Flugblätter verteilt, die das faschistische Schah-Regime als die wahre Ursache der Kämpfe anprangerten und zur Solidarität aufriefen. Zur Veranstaltung kamen ca. 30 Antifaschisten. Die Referenten schilderten die Lage des Volkes, die Entwicklung der Kämpfe und entlarvten die Rolle der Imperialisten, besonders der westdeutschen Monopole und ihres Staates. Die Verbundenheit unserer Veranstaltung mit dem Kampf des iranischen Volkes kam besonders dadurch zum Ausdruck, daß auch Iraner kamen und sogar kurzfristig und spontan einen Film zeigten, der die ungebrochene Kampfbereitschaft des iranischen Volkes gegen das Bakhtiar-Regime zum Ausdruck brachte. Die Diskussion verdeutlichte eines sehr klar: Der Kampf des iranischen Volkes ist nicht beendet und wird weitergehen, bis alle Feinde und Verräter beseitigt und verjagt sind!

Westberliner Galerie unter Polizeikontrolle

Besucher der Westberliner Galerie 70 in der Charlottenburger Schillerstraße, die sich den Film „Nazis — gibts die noch?" ansehen wollten, mußten erleben, daß sie von Polizeibeamten mit Blitzlicht fotografiert wurden.

In der Galerie 70 findet zur Zeit eine ausgezeichnete und viel beachtete Ausstellung „Deutschland erwacht — Aktionen und Provokationen neonazistischer Gruppen in Deutschland" statt. An der Vorführung nahmen auch einige Schulklassen mit ihren Lehrern teil, die erfahren mußten, daß bei uns Besuche von antifaschistischen Filmen und Ausstellungen offensichtlich anrüchig sind und unter Polizeikontrolle stattfinden müssen. Dienstpistole und Gummiknüppel gehörten selbstverständlich auch zur Ausrüstung dieser allzu neugierigen Herren.

Dieses ungeheuerliche Vorgehen der Polizei veranlaßte viele Schüler, sich zu fragen, wie weit unser Staat eigentlich auf dem Wege zum Faschismus schon wieder vorangeschritten ist.

Die Ausstellung in der Schillerstraße 70 kann noch bis zum 17. März besucht werden!

Von Polizei erschossen!

Angeblich bei einem Einbruchsversuch erschoß die Polizei im Bamberger Hafen den 43 Jahre alten Lokomotivführer Erwin Hofmann aus Bamberg-Gaustadt. Die Polizei gab folgende merkwürdige Darstellung vom Hergang:

Danach sollen zwei Beamte in Zivil zwei Männer gestellt haben, die sich auf einem beladenen Anhänger zu schaffen gemacht haben sollen. Auf die Aufforderung, sich zu ergeben, soll einer mit einer Eisenstange auf die Beamten losgegangen sein. Daraufhin habe ein Beamter mehrere Warnschüsse und dann zwei gezielte Schüsse auf Hofmann abgegeben.

Dieser sei dann geflüchtet, habe sich später dann aber mit erhobenen Händen gestellt, habe sich fesseln und durchsuchen lassen. Erst dann habe er über Bauchschmerzen geklagt, woraufhin ein Notarzt geholt worden sei, der eine Schußverletzung in der Herzgegend (!) feststellte. Vier Stunden später war Erwin Hofmann tot!

Freispruch für KZ-Aufseher

Der ehemalige Wachmann einer Hundestaffel im Vernichtungslager Lublin-Majdanek hatte bei polizeilichen Vernehmungen 1963 noch Einzelheiten über die Tötungsmaschinerie im Lager berichtet. 1977, als er zum Majdanek-Prozeß als Zeuge geladen wurde, konnte er sich plötzlich an nichts mehr erinnern. Über die grausamen Massenmorde in seinem KZ wollte er erst nach dem Kriege aus der Zeitung erfahren haben. Wegen dieser vorgetäuschten Gedächtnislücken hatte er sich jetzt vor einem Düsseldorfer Schöffengericht wegen Falschaussage zu verantworten. Er wurde freigesprochen! Denn eine vorsätzliche Falschaussage konnte ihm „mit letzter Sicherheit" nicht nachgewiesen werden'

E. Volland verurteilt

Im „Roten Morgen" 3/79 druckten wir ein Plakat von Ernst Volland ab, dessentwegen der Künstler sich eine Klage einhandelte. Jetzt erging das Urteil: 600 Mark Geldstrafe! Volland hatte den unverzeihlichen Fehler begangen, auf dem Plakat mit dem Bundesadler (im Volksmund: „Pleitegeier") für „Radfahrer, Schleimer, Duckmäuser, Schnüffler und Kriecher" zu „werben". Alles im Namen der Kultusminister der Länder! Diese Karikatur auf die Schnüffelpraxis im Bonner Staat veranlaßte die Justiz nun zu diesem Urteil mit der offiziellen Begründung, daß der Herr Bundesminister des Innern „nur ausnahmsweise" nichtstaatlichen Stellen die Benutzung jenes Federviehs gestatte.

Mainzer Tagung über Polizeigesetze

Am 17./18. Februar fand in Mainz eine Arbeitstagung über Polizeimaßnahmen, Polizeientwicklung und Polizeigesetzgebung" statt, an der etwa 150 Personen teilnahmen. Verschiedene Initiativen gegen die Polizeigesetze waren vertreten. In den Arbeitsgruppen wurde über die verschiedenen Probleme, Einschätzungen und den Kampf dagegen diskutiert. Die Tagung gewann sehr dadurch, daß viele Teilnehmer über ein fundiertes Wissen auf diesen Gebieten verfügten. Auf dem Abschlußplenum zeigte sich, daß ein starker Wunsch vorhanden ist, die einzelnen Initiativen enger zusammenschließen. Ein Protokoll der Tagung kann bei der ESG-Mainz, Am Gosenheimer Spieß 1, 6500 Mainz angefordert werden.

Ansichten eines Staatsanwalts

Volkskorrespondenz aus Bochum

Wie die Staatsanwälte in politischen Prozessen gegen Linke vorgehen, kennen wir inzwischen zur Genüge. Welche Gedanken aber die Staatsanwälte bei Nazi-Prozessen bewegen, das zu erfahren hatte ich neulich Gelegenheit. Einer der Staatsanwälte beim NS-Prozeß in Bochum (es geht hier um die Ermordung von 7.000 sowjetischen Bürgern, hauptsächlich Juden, durch SS-Vernichtungskommandos in der Nähe von Minsk) ließ sich nämlich während der zwei letzten Verhandlungstage gegenüber Besuchern des Prozesses (unter anderem zwei Schulklassen) über seine Ansichten zum Prozeß und zum Leben allgemein aus.

Auf die Frage eines Schülers, warum immer nur über die Juden geredet wurde, wo im Kriege doch auch so viele andere Menschen, auch Zivilbevölkerung, umgekommen sind, wußte er nur zu sagen, daß es sich bei den Juden schließlich um „unschuldige Opfer" gehandelt hätte. Es gibt für den Staatsanwalt also auch „schuldige Opfer". Das sind, wie er offen bekannte, die Partisanen, die es auch in der Gegend von Minsk gegeben hat. Stalin, sagte der Staatsanwalt, hätte diese Bewegung ausgenutzt. Die einfache Bevölkerung hätte dadurch einen schweren Stand gehabt. Nachts wären die Partisanen gekommen und hätten Unterstützung und Verpflegung erzwungen (!). Die SS-Leute wären dann tagsüber gekommen und hätten das gleiche verlangt und die Bevölkerung für die Unterstützung der Partisanen bestraft. Die Bevölkerung sei sozusagen von allen Seiten geplagt gewesen. Der Staatsanwalt im Bochumer Nazi-Prozeß hält also die Mordaktionen der SS gegen die antifaschistischen Freiheitskämpfer für berechtigt. Die Einsätze der SS gegen die Partisanen seien außerdem völkerrechtlich nicht strafbar, sagte er. (Womit er allerdings leider recht hat)!

Auf die Frage, warum der Prozeß von Richter und Staatsanwalt so lahm geführt würde, sagte dieser Staatsanwalt: „Sehen Sie — diese Art von Prozeßführung, das haben uns die Terroristen eingebracht. Kein Staatsanwalt oder Richter wagt es mehr, die Angeklagten hart anzufassen. Ich weiß auch nicht, warum ich die Angeklagten anschnauzen soll. Wie ein Staatsanwalt vorgeht, hängt doch vom Charakter ab. Ich bin eben nicht so. Außerdem habe ich noch in keinem Prozeß erlebt, daß der Staatsanwalt den Angeklagten angeschnauzt hat."

Für die Menschheit allgemein hegt der Staatsanwalt keine allzugroße Hoffnung. Er sagt: „Die Menschen haben sich doch immer gegenseitig umgebracht. Wir sind seit so vielen Jahren darauf dressiert worden, einander zu töten, daß wir nicht mehr anders können. Daß der Mensch auch der Herr der Schöpfung sein soll, das halte ich für die allergrößte Fehleinschätzung." Der Staatsanwalt hält sich auch sonst sehr an die Bibel. „Gucken Sie mal Kain und Abel an, da haben Sie den Anfang unserer Geschichte. Die Menschen töten sich, weil sie neidisch sind. Im Iran zum Beispiel sind sie neidisch auf den Schah, weil er mehr hat als sie, und sie wollen auch so viel haben. Ich lese oft in der Bibel — ja. Es ist ja das Buch der Bücher. Man kann ja nicht nur im Neckermann-Katalog blättern."

Auf die Frage, warum er überhaupt Staatsanwalt geworden ist und warum er nicht gleich alles dem Herrgott überlassen würde, meinte er nur: Nun ja, so ginge das ja auch nicht.

Es gäbe vieles zu den Auffassungen des Staatsanwalts zu sagen. Ich halte aber einen Kommentar für jemanden mit **normalem** Menschenverstand für überflüssig.

Veranstaltungskalender

Veranstaltung der KPD/ML zum Aggressionskrieg Chinas gegen Vietnam. Thema: „Was ist los in China?" Freitag, 2. 3. 79, Weinheim, „Deutsches Haus", Beginn 19.00 Uhr.

Veranstaltung der Gesellschaft der Freunde Albaniens. Diavortrag einer Albanienreise, Informationen und Reisemöglichkeiten nach Albanien. 8. 3. 79, Beginn 19.00 Uhr, Restaurant Trento in Darmstadt, Ecke Kiesstraße/Nieder-Ramstädterstraße.

Kulturveranstaltung „Nach der Arbeit". Es spielen die „Elbspeelers" im „flubdub", Dankwartsgrube 42, Lübeck. Samstag, 3. 3. 79, 20.00 Uhr.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

- ○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML
- ○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
- ○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"
- ○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

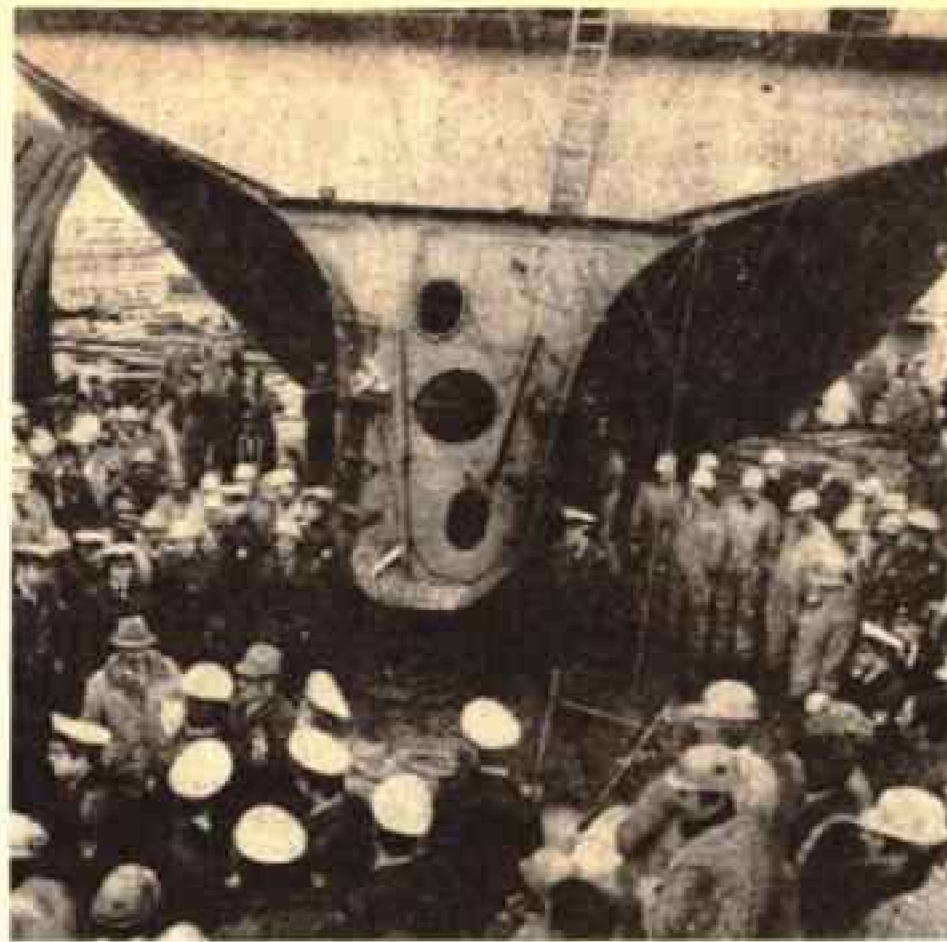
Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**



März 1978: Dieses schwere Heckteil eines Schiffes stürzte und tötete einen und verletzte 26 Werftarbeiter. In den meisten Fällen ist es die Arbeitshetze und die miserablen Arbeitsbedingungen, die solche Unfälle hervorrufen.

„Dies ist kein Sozialstaat, dies ist ein Willkürstaat"

Volkskorrespondenz aus Bremen

Um 11 Uhr ist der Arbeiter F. dran, der seit 23 Jahren im Hafen arbeitet. Vor zwei Jahren fiel ein Schärstock (Zwischenträger bei der Lukabdeckung) auf seinen linken Fuß und zerquetschte ihm den großen Zeh. Ein Jahr lang war er krank, dann mußte der Zeh doch abgenommen werden. Ein zweiter Zeh blieb steif. Ein ärztliches Gutachten bescheinigte dem Kollegen F., daß er auf seinem verstümmelten Fuß keine Standfestigkeit mehr hat und daß die Durchblutung im Fuß gestört ist. Wegen dieses Gutachtens bekam der Kollege von der Berufsgenossenschaft eine Unfallrente von 20 Prozent. Dann plötzlich, von einem Tag auf den anderen, stellte die Berufsgenossenschaft auf der Grundlage desselben Gutachtens die Zahlung der Rente ein. Zynischer Kommentar des Unfallarztes: „Lassen Sie doch auf den anderen Fuß auch noch was fallen, dann kriegen Sie wieder 20 Prozent."

Heute um 11 Uhr nun stehen sie vorm Sozialgericht: der Arbeiter F. als Kläger und die Berufsgenossenschaft als Beklagte. Der Fall ist klar, meint man. Die Berufsgenossenschaft wird eine plausible Erklärung abgeben müssen, warum der Arbeiter F. ohne seinen Zeh genauso gut arbeiten kann wie vorher, und weil sie das nicht kann, wird sie logischerweise zahlen müssen. Aber nein, es kommt ganz anders. Für die Herren vom Sozialgericht ist es nicht die Berufsgenossenschaft, die sich verteidigen muß, sondern der Arbeiter F.

Richter: „Nun erklären Sie sich mal, Herr F."

Arbeiter F.: „Ich bin Stauer. Mit diesem Fuß ohne Zeh kann ich nur noch auf glatten Flächen gehen. Mein Fuß ist immer kalt. Der Stumpf von dem abgenommenen Zeh ist oft wund und blutet."

Richter: „Ich eine Verbesserung eingetreten?"

Arbeiter F.: „Nein."

Richter: „Warum nicht?"

Arbeiter F.: „Mein Zeh ist ja nicht nachgewachsen!"

Richter: „Sind Sie in ärztlicher Behandlung?"

Arbeiter F.: „Nein, nicht mehr. Ich kann nicht dauernd zum Arzt rennen. Ich falle sowieso schon zu oft aus bei der Arbeit. Oft, wenn ich morgens bei der Betriebsstelle anrufe, sagt der Boß: ‚Hab nur schwere Arbeit heute, im Luk. Bleib du zu Hause.' Und dann hab' ich wieder eine Schicht weniger."

Richter: „Tja, Herr F., da schlage ich vor, Sie lassen sich auf Ihre Kosten ein neues Gutachten ausstellen. Zu diesem Zweck zahlen Sie innerhalb der nächsten drei Wochen 300 DM beim Sozialgericht ein, als Vorschuß für das Gutachten, und wir vertagen den Rechtsstreit erstmal. Ob dann das neue Gutachten besser ausfällt, weiß ich natürlich nicht."

Arbeiter F.: „Kann ich mich mit meiner Frau beraten?" (Die Frau sitzt im Zuhörerraum.)

Richter: „Nein!" Im Saal kommt Empörung auf.

Richter: „Schauen Sie hierher, nicht zu den Zuschauern!"

Arbeiter F.: „Ich habe nur meine Frau angeschaut."

Richter: „Na los, wollen Sie das machen mit dem Gutachten, oder sollen wir heute ein Urteil fällen?"

Arbeiter F.: „Na ja, na gut, mach ich das."

Richter gibt zu Protokoll: „Der Rechtsstreit wird vertagt. Der Kläger zahlt innerhalb von drei Wochen 300 DM als Vorschuß an das Sozialgericht..."

Unter den Zuschauern herrscht Empörung. Nicht die Berufsgenossenschaft muß ein neues Gutachten beibringen, sondern der Arbeiter. Nicht die Berufsgenossenschaft muß zahlen, sondern der Arbeiter. Nicht nur, daß der Arbeiter F. seinen Zeh verloren hat, daß er ständig Schmerzen hat, daß er jetzt nicht mehr auf seinen Lohn kommt, weil er nicht mehr voll einsatzfähig ist, nein, er, das Opfer der Arbeitshetze und der Kapitalistenwillkür, muß auch noch 300 DM bezahlen, von denen er nicht weiß, ob er sie jemals wiedersieht.

Um 11.30 Uhr ist der Arbeiter Behrmann dran, der vor 19 Jahren ebenfalls als Stauer im Hafen anfing. Damals war er kerngesund. Heute ist er ein körperliches Wrack und seit einem Jahr als „hafenuntauglich" entlassen. 1960: Behrmann wird immer öfter beim Umschlag von hochgiftigen Chemikalien eingesetzt. 1962: Eine Röntgenaufnahme seiner Lunge zeigt erste Spuren einer krankhaften Veränderung. Trotzdem reißt Behrmann Tag für Tag seine Schichten runter, und immer wieder Gift. Schutzmaßnahmen gibt es nicht. Entgegen der Vorschrift besitzt seine Firma nicht einmal Staubmasken!

Juli 1973, Spätschicht: Behrmann erleidet einen schweren Giftunfall. Zwar erholt er sich kurzfristig, aber nun reißt die Krankheitsserie nicht mehr ab. 1974 zeigt eine weitere Röntgenaufnahme seiner Lunge eine schwere Erkrankung. Zwei Jahre später ist der Arbeiter Behrmann endgültig fertig. Er kann nicht mehr arbeiten. Die Berufsgenossenschaft zahlt keine Unfallrente. Sie hat von einem Hamburger Arzt, der den Stauer Behrmann niemals gesehen, geschweige denn untersucht hat, ein Gutachten zusammenzimmern lassen, das folgenden Inhalt hat: Der Hausarzt stellte fest, daß Behrmann im Juli '73, Spätschicht, mit Kupfersalzen vergiftet worden ist. Dieses Gift ist zwar gesundheitsschädlich, aber keine meldepflichtige Berufskrankheit. Und weiter: Eine Verschlechterung seines Gesundheitszustandes seit diesem Unfall bildet sich Behrmann nur ein. Zur Bekräftigung dieser Behauptung wird dann weiter der diskrete Hinweis gegeben, daß Behrmann „gern als Sprecher seiner Kameraden und in Bürgerinitiativen auftrete".

Anhand des Stauplans kann Behrmann beweisen, daß in der betreffenden Spätschicht keine Kupfersalze verladen wurden. Es waren andere Chemikalien, deren Namen die Firma angeblich nicht kennt, deren hohe Giftigkeit sie aber bestätigt. Obwohl das Gutachten damit null und nichtig ist, beharrt die Berufsgenossenschaft darauf.

Heute nun ist Verhandlung im Sozialgericht. Das Gesicht des knapp fünfzig Jahre alten Arbeiters Behrmann ist grau, sein Haar schlohweiß. Er hat Mühe zu atmen und kann sich kaum auf den Beinen halten. Seine Frau und zwei seiner erwachsenen Kinder müssen ihn stützen. Wiederum scheint der Fall völlig klar zu liegen. Ein ständig, ohne jeden Schutz, im Giftumschlag arbeitender Hafenarbeiter hat einen Giftunfall erlitten, der ihn endgültig krank machte. Ist es nicht selbstverständlich, daß die Berufsgenossenschaft diesem Arbeiter und seiner Familie eine Unfallrente zahlen muß? Nein, wiederum kommt es ganz anders.

Die Verhandlung beginnt:

Richter: „Na, Herr Behrmann, nun erklären Sie sich mal!" Behrmann, körperlich sehr geschwächt, erklärt: „Erlauben Sie, daß meine Kinder für mich die Verhandlung führen."

Sohn und Tochter des Arbeiters Behrmann erklären nun:

1. Es waren keine Kupfersalze, an denen unser Vater sich vergiftete. Sie zeigen den Stauplan und die Notizen der Firma. Es waren andere hochgiftige Chemikalien, deren Name nicht bekannt ist.

Behrmann: „Der Dr. Jung aus Delmenhorst, mein Hausarzt, ich glaub, der kann Katzendreck durch die Wand riechen. Der roch genau, daß in der Unfallspätschicht am Schuppen 18 Kupfersalze verladen wurden. Das nenn ich Wissenschaft. Oder roch er es bloß deshalb, weil Kupfersalze keine meldepflichtige Berufskrankheit ist?"

Die Kinder Behrmanns beweisen, daß Kupfersalze an diesem Tag zwar verladen wurden, aber in der Frühschicht. Sie stellen die Frage, ob es sich hier nicht vielleicht um eine absichtliche Verwechslung zum Schaden ihres Vaters handelt. Sie beweisen weiter, anhand von ärztlichen Feststellungen über die beiden Röntgenaufnahmen, daß ihr Vater tatsächlich schwer krank ist und daß es eine Verleumdung ist zu behaupten, er bilde sich das nur ein. Die Kinder Behrmanns entlarven die Tendenz in dem Gutachten, die ihren Vater, der ein beliebter und anerkannter Betriebsrat war, deswegen als Querulanten abstempeln will.

Richter: „Und weiter, haben Sie noch etwas auszuführen?"

Tochter des Arbeiters Behrmann: „Ja, was sagen Sie nun dazu?"

Richter: „Wenn Sie noch so eine Frage stellen, dann lasse ich Sie aus dem Saal weisen, Frl. Behrmann!"

Sohn Behrmanns: „Wir beantragen die Vereidigung der beiden Ärzte, die dieses unwahre Gutachten zu verantworten haben. Und wir beantragen, unserem Vater die Unfallrente zu bezahlen."

Das Sozialgericht zieht sich zur Beratung zurück.

Das Urteil: „Im Namen des Volkes: 1. Die Ärzte, die das Gutachten verfaßt haben, werden nicht vereidigt. (Empörung erfaßt die Zuhörer.) 2. Der Antrag auf Unfallrente wird abgelehnt. Begründung: Die Gutachten der Ärzte ergeben zwar, das bestreitet das Gericht nicht, daß A. Behrmann sich im Juli '73 bei der Arbeit vergiftet hat, aber Kupfersalze sind keine meldepflichtige Berufskrankheit..."

Die Zuschauer sind empört: „Das ist ja ungeheuerlich!" Sie stehen auf. Frau Behrmann stützt ihren Mann, sie ruft: „Diesen Quatsch hören wir uns nicht länger an!" Beide verlassen den Saal, zusammen mit einigen Zuschauern.

Der Richter: „Bitte zu Protokoll: Der Kläger und seine Frau sowie auch der Sohn verlassen den Saal mit der Bemerkung: ‚So einen Quatsch hören wir uns nicht länger an. Der Vorsitzende des Gerichts verliest die Begründung des Urteils nicht weiter. Die Verhandlung ist beendet!"

„Dies ist kein Sozialstaat, dies ist ein Willkürstaat!!" Mit diesem Ruf auf den Lippen verlassen die Zuschauer, darunter mehrere Kollegen der RGO-Gruppe Hafen sowie auch Mitglieder einer Umweltschutzinitiative den Saal.

„Was ist das für ein Gericht, das die Kläger zu den Angeklagten macht!" „Was ist das für ein Staat, in dem der Unternehmer immer Recht bekommt?" „Was ist das für ein Staat, in dem gewissenlose Ärzte die Macht bekommen, einem mit lügenhaften Gutachten bis aufs Blut ausgebeuteten Arbeiter den letzten Tritt zu versetzen?"

Der Arbeiter Behrmann sagt: „Einzeln sind wir schwach. Wir müssen uns zusammenschließen. Was mir passiert ist, passiert vielen Hafenarbeitern täglich. Was wir jetzt tun müssen, ist die RGO voranzutreiben und diese Ungeheuerlichkeit im Hafen bekannt zu machen!"

Mordhafen!
Bilanz eines Monats...

27.8.1976 — **Tödlicher Unfall im Holzhafen**

20.9.1976 — **Mit dem Kopf gegen Kampe geprallt**

23.8.1976 — **Tödlicher Sturz in Hafenbecken**

21.9.1976 — **Zwischen Waggons Hand zerquetscht**

25.8.1976 — **Fahrer fiel aus Gabelstapler**

... 2 Tote und 3 Schwerverletzte!

Februar im Bild



Am 1. Februar trat die Allgemeine Schulordnung (Ascho) in Kraft. Die AScho verschärfte das Ordnungsrecht an den Schulen. Zuvor hatten 25.000 Schüler in 18 verschiedenen Städten gegen die Einführung der AScho demonstriert. Das Bild zeigt eine Schülerdemonstration in Bielefeld.



Im Februar wurden von den Verantwortlichen weitere Weichen für den Bau des Atomzentrums in Gorleben gestellt. Ihren Protest gegen die menschenfeindliche Atompolitik der Regierung gaben die Bauern des betroffenen Gebietes am 7. Februar in einer Traktor-Demonstration Ausdruck.



Schülerdemonstration in Gelsenkirchen

Anfang Februar wurden mehrere Waffendepots neonazistischer Terrorgruppen ausgehoben. Die Empörung der Bevölkerung über die staatlich weitgehend geduldeten und geschützten Umtriebe der Nazis nahmen zu. In Duisburg gelang es am 10. Februar den Antifaschisten, eine Kundgebung der neofaschistischen „Jungen Nationaldemokraten" zu verhindern.



Im Februar nahmen — auch infolge des Fernsehfilms „Holocaust" — die Proteste gegen die geplante Verjährung für Naziverbrechen zu. Zahlreiche Menschen demonstrierten, nahmen an Veranstaltungen teil oder trugen sich in Unterschriftenlisten ein. Das Bild zeigt einen Stand der Partei in Duisburg.





500 Menschen protestierten gegen den geplanten Bau der Startbahn 18 im Rahmen der Erweiterung des Rhein-Main-Flughafens Frankfurt. Sie wehrten sich gegen eine weitere Verschlechterung der Umweltsituation, die dieses Großprojekt im Ballungsgebiet mit sich bringt.



In Rodheim/Hessen demonstrierten Jugendliche für die Wiedereröffnung eines Jugendzentrums

Kommunique des Politbüros der KPD/ML

Dortmund, den 19.2.1979. Mit aller Entschiedenheit verurteilt die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten den verbrecherischen Überfall der chinesischen Sozialimperialisten auf die Demokratische Volksrepublik Vietnam. Der Überfall Chinas steht in einer Reihe mit den Überfällen Hitler-Deutschlands auf Polen, des USA-Imperialismus auf Vietnam, des sowjetischen Sozialimperialismus auf die Tschechoslowakei.

Was sich hier zeigt, ist eine nackte, imperialistische Aggression, von der auch die chauvinistische Anmaßung, die sich in der Behauptung zeigt, man werde sich nach angemessener Bestrafung Vietnams, also nach angemessener Zerstörung und Massenmord, hinter die eigenen Grenzen zurückziehen, nicht ablenken kann.

Was sich hier zeigt, ist, was die Völker der Welt, die nicht nach ihrer Pfeife tanzen, von einer künftigen Supermacht China zu erwarten hätten.

Was sich hier zeigt, ist die bedenkenlose, kriegshetzerische Politik des sozialimperialistischen China, das bereit ist, um seine chauvinistischen Großmachtinteressen zu befriedigen, die Völker in das Blutbad eines dritten Weltkrieges zu stürzen.

Die KPD/ML fordert die sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen und den umgehenden Rückzug der chinesischen Truppen hinter die Grenzen Chinas.

Politbüro der KPD/ML

Kommentar

Hände weg von Vietnam!

Chinas Panzer im Norden Vietnams auf den Spuren des USA-Imperialismus. Sie bringen neue Leiden und Tod für das vietnamesische Volk, das Jahrzehnte heldenhaft gegen den Imperialismus gekämpft hat und sich dadurch die Achtung und Sympathie der Völker der Welt erworben hat. Die fortschrittlichen Kräfte in der ganzen Welt sind empört über die brutale Aggression der chinesischen Großmachtchauvinisten gegen Vietnam.

Die albanische Zeitung „Zeri i Popullit", Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, hat diese Empörung der fortschrittlichen Menschen aller Länder zusammengefaßt: „Mit der offenen Aggression, die sie gegen Vietnam unternahmen, entlarvten sich die sozialimperialistischen chinesischen Revisionisten noch mehr. Ihre politische Scheinheiligkeit, ihre verlogenen Phrasen kamen noch klarer zum Vorschein. China behauptete und behauptet von sich, es sei ein sozialistischer Staat. Doch es stellt sich heraus, daß es ein falscher sozialistischer Staat ist, ebenso wie die Sowjetunion ein Staat, der eine sozialistische Maske trägt, um die Völker zu betrügen.

China gibt vor, es sein ein Land der „Dritten Welt". Aber es stellt sich heraus, daß es sich selbst zu dieser Welt zählt, um dorthin seine Herrschaft zu erstrecken. Und wie der amerikanische Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus handeln, wenn es mit dem friedlichen Weg nicht mehr geht, so sucht auch es, dies mit Gewalt zu erreichen.

China hat all diese Jahre durch seine Führer von Mao Tsetung bis Deng Xiaoping vorgegeben, es werde niemals nach Hegemonie streben, es werde niemals zuerst angreifen, kein chinesischer Soldat werde jemals auf fremdem Territorium stehen usw. Die abgedroschenen chinesischen Parolen fanden kein Ende. Doch nun? Was suchen die chinesischen Soldaten in Vietnam, die Soldaten, die das Volk ermorden und das Land mit Feuer und Schwert verwüsten, so, wie es vor nur wenigen Jahren die amerikanischen Imperialisten taten?"

Was die chinesischen Revisionisten in Vietnam suchen, liegt auf der Hand. Sie suchen, was die Großmachtchauvinisten und Kriegsbrandstifter immer gesucht haben, wenn sie über andere Völker herfielen: es reicht ihnen nicht, ihr eigenes Volk zu knechten, die verbrecherische Pekinger Clique um Deng Xiaoping will das vietnamesische Volk unterjochen, will die politische, ökonomische und militärische Expansion Chinas, will im chauvinistischen Größenwahn schon heute am Kampf der imperialistischen Großmächte um die Weltherrschaft teilnehmen.

Die chinesischen Sozialimperialisten aber haben dabei nicht nur das heroische vietnamesische Volk gegen sich, sondern die fortschrittlichen Kräfte in der ganzen Welt. **Unsere Sympathie und Solidarität gehört dem tapferen vietnamesischen Volk.** „Hände weg von Vietnam!" war und ist die Forderung aller freiheits- und friedensliebenden Menschen. Es ist unser Wille und unsere Hoffnung, daß es dem heldenhaften vietnamesischen Volk gelingen möge, die brutale Aggression Chinas zurückzuschlagen.



Chinesische Aggressionstruppen auf dem Weg nach Vietnam

Viele Parolen der Solidarität mit Vietnam bekommen wir in diesen Tagen von der sowjetischen Führung, von den Machthabern in der DDR und von den DKP-Revisionisten zu hören. In der DDR rollt eine Propagandawelle großen Stils durch Betriebe und Schulen. Gewiß, vieles an dem, was da an SED-Agitation gegen die „Pekinger Verbrecher" auf die DDR-Bevölkerung niedergeht, ist richtig. Nur, wozu soll diese Propagana dienen?

Die tiefen Gefühle der Bevölkerung der DDR für das vietnamesische Volk sind eine Tatsache. Die imperialistischen Interessen der Sowjetunion in Vietnam und in Südostasien, ihre imperialistische Rivalität mit China aber sind ebenfalls eine Tatsache. Die Propagandawelle, die derzeit unter der Losung „Solidarität mit Vietnam" durch die DDR rollt, soll in der Bevölkerung der DDR das Bewußtsein dafür schaffen, ein möglicher Einmarsch des sowjetischen Sozialimperialismus in China sei seitens der Sowjetunion und ihrer Verbündeten ein gerechter Krieg.

Natürlich würden Breschnew und seine Generäle eine solche Invasion in China unter dem Vorwand durchführen, Vietnam helfen zu wollen. Wahrscheinlich würden sie nicht nur sowjetische Truppen nach China schicken, sondern auch Soldaten anderer RGW-Staaten. So haben sie es schon beim Überfall auf die CSSR gemacht.

Die sowjetische Supermacht aber würde in einem solchen Krieg keine gerechten Interessen vertreten. Wie sie die Unabhängigkeit der DDR und anderer RGW-Staaten vernichtet hat, bedroht sie die Unabhängigkeit Vietnams. Die Kriege, die diese Supermacht führt, sind imperialistische Kriege, und die chinesische Aggression gegen Vietnam schafft das Weltherrschaftsstreben der sowjetischen Sozialimperialisten nicht aus der Welt.

Die USA-Imperialisten gefallen sich in der heuchlerischen Rolle dessen, der sich angeblich um den Frieden sorgt. Wir aber meinen, daß die albanischen Genossen recht haben, wenn sie in dem schon zitierten Artikel schreiben: „Die Tatsache, daß der aggressive Angriff gegen Vietnam unmittelbar nach der Rückkehr Deng Xiaopings aus den Vereinigten Staaten von Amerika unternommen wurde, gibt zu verstehen, daß er den Segen und die Unterstützung des amerikanischen Imperialismus genießt. Die Aggression Chinas gegen Vietnam wurde in Peking geplant und in Washington abgesegnet. In seinen Reden in den Vereinigten Staaten sprach Deng Xiaoping offen im faschistischen Stil, daß China Vietnam eine „gute Lehre" erteilen werde, und keiner seiner offiziellen Gastgeber mißbilligte dies oder widersprach ihm. Die wohlwollende Haltung, die die amerikanischen Imperialisten jetzt gegenüber der chinesischen Aggression einnehmen, zeigt, daß sie ihr grünes Licht geben."

Es ist eine klare Unterstützung Chinas durch die amerikanische Regierung, wenn diese versucht, eine Verurteilung Chinas durch die UNO zu verhindern, indem sie eine Verbindung zwischen den Vorgängen in Kambodscha und dem kambodschanisch-vietnamesischen Konflikt und Chinas Aggression gegen Vietnam herstellt. **Keine der uns bekannten Darstellungen der Vorgänge, die zum Sturz des faschistischen Pol-Pot-Regimes in Kambodscha führten, könnten auch nur im entferntesten die chinesische Aggression gegen Vietnam rechtfertigen.**

Die Interessen der USA-Imperialisten und der NATO sind sehr klar: **sie freuen sich über den Angriff Chinas auf Vietnam, weil er möglicherweise zu einer Schwächung der sowjetischen Position führt. Für sie wäre sogar ein Krieg zwischen China und der Sowjetunion günstig.** Gewiß, er könnte zu einem dritten imperialistischen Weltkrieg mit Millionen Toten führen. Wie man weiß, kümmert das die Wallstreet-Bosse wenig. Für sie zählt, daß sie sich gute Chancen ausrechnen können, als siegreiche Dritte im Kampf um die Vorherrschaft in der Welt aus einem solchen imperialistischen Weltkrieg, in den sie zum für sie günstigen Zeitpunkt eingreifen würden, hervorzugehen.

So hat die barbarische chinesische Aggression gegen Vietnam nicht nur für das vietnamesische Volk, sondern für alle Völker der Welt große Gefahren heraufbeschworen. Indem wir entschlossen das vietnamesische Volk gegen die chinesische Aggression unterstützen, müssen wir zugleich die Werktätigen aufrufen, wachsam zu sein, damit es den Imperialisten nicht gelingt, ein neues weltweites Völkermorden in einem dritten Weltkrieg zu entfachen.

China verstärkt Aggression gegen Vietnam

Fortsetzung von Seite 1

Die Pekinger Führer haben am vergangenen Wochenende ein weiteres Stück ihrer wahren Absichten in bezug auf Vietnam erkennen lassen. Sprachen sie zunächst von einem „räumlich und zeitlich begrenzten Gegenangriff" mit dem Ziel, Vietnam „eine Lektion zu erteilen", so benennen sie jetzt als ihr Ziel die „Vernichtung vietnamesischer Kampfkraft" und die „Schwächung der Aggressionsfähigkeit Vietnams". Von baldigem Rückzug ist nicht mehr die Rede, die „Offensive", heißt es aus Peking, werde „vorläufig nicht abgebrochen".

Die chinesische Aggression hat die Empörung der Völker der ganzen Welt hervorgerufen, erfüllt sie mit Sorge. Die Gefahr für den Weltfrieden, die Gefahr einer militärischen Konfrontation zwischen den Supermächten vergrößert sich mit Fortdauer der chinesischen Aggression. Sowjetische und US-amerikanische Flottenverbände kreuzen in den Gewässern um Indochina. Während die USA und ihre Verbündete den chinesischen Einfall diplomatisch und propagandistisch unterstützen, läuft im revisionistischen Ostblock eine beispiellose propagandistische Kampagne, die ein eventuelles Eingreifen Moskaus und seiner Verbündeten als „gerecht" hinstellen will.



Zwölf Kilometer von der chinesisch-vietnamesischen Grenze entfernt präsentieren vietnameische Soldaten ausländischen Journalisten gefangene Soldaten der chinesischen Aggressionsarmee

Grußbotschaft an die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles

Liebe Genossen,

zum 13. Gründungstag der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles entbietet das Zentralkomitee der KPD/ML euch und allen Mitgliedern eurer Partei, insbesondere den Teilnehmern der in Paris aus diesem Anlaß stattfindenden Veranstaltung, herzliche, revolutionäre Kampfesgrüße.

Die Gründung der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles am 15. Februar 1966 stellt ein bedeutendes Ereignis im Kampf der chilenischen Arbeiterklasse und des chilenischen Volkes für Freiheit und Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus dar. Als Vorhutpartei der chilenischen Arbeiterklasse hat sie ihren Kampf gegen den Imperialismus und die einheimische Reaktion von Anfang an mit dem Kampf gegen den modernen Revisionismus, gegen die Verräter am Marxismus-Leninismus und an den Interessen der Arbeiterklasse verbunden. Nach dem Sturz des reaktionären Frei-Regimes hat sie sogleich den betrügerischen Charakter der revisionistischen Losungen vom „friedlichen chilenischen Weg zum Sozialismus" enthüllt, mit denen Corvalan und Konsorten zu Wegbereitern des vom US-Imperialismus und der chilenischen schwärzesten Reaktion angezettelten faschistischen Putsches wurden.

Seit über fünf Jahren schon kämpft die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles unter den schwierigen Bedindungen der Illegalität, um die breiten Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse zusammenzuschließen im Kampf für den Sturz des blutigen faschistischen Pinochet-Regimes durch den revolutionären Volkskrieg. Dies ist der einzige Weg für die Befreiung des chilenischen Volkes vom Joch des Imperialismus, mit dem amerikanischen an der Spitze, von Ausbeutung und Unterdrückung, für die Errichtung der Volksdemokratie und des Sozialismus.

Zwischen eurer Partei und unserer Partei bestehen seit langem enge brüderliche Beziehungen. Unter den heutigen Bedingungen, da sich durch das offene Auftreten des chinesischen Revisionismus und die Bestrebungen der konterrevolutionären chinesischen Führung, China in eine Supermacht zu verwandeln, die mit den beiden Supermächten, USA und Sowjetunion, und den übrigen imperialistischen Mächten um die Weltherrschaft ringt, die internationale Lage weiter kompliziert hat, erwachsen unseren beiden Parteien noch größere Aufgaben im gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, gegen Reaktion und modernen Revisionismus jeder Schattierung, für den Sieg der Sache der Revolution und des Sozialismus, für die Verteidigung des heroischen sozialistischen Albaniens und seiner prinzipienfesten Politik, für die Stärkung der Einheit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und der Prinzipien des proletarischen Internationalismus.

Wir wünschen eurer Partei weitere Erfolge in ihrem Kampf. Mögen sich die brüderlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien auf prinzipienfesten Grundlagen weiterentwickeln und festigen.

Es lebe die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles!
Ruhm dem Marxismus-Leninismus!
Es lebe der proletarische Internationalismus!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten



Mit Schnellfeuergewehren aus Armeebeständen haben sich Revolutionäre hinter Sandsack-Barrikaden vor dem Parlament in Teheran verschanzt



Das wohlverdiente Ende eines Geheimdienst-Agenten: Revolutionäre führen einen SAVAK-Spitzel zum Verhör.

Nur mit Waffengewalt können die Errungenschaften der Revolution verteidigt werden

Interview mit einem Vertreter der Kommunistischen Partei der Arbeiter und Bauern des Iran

RM: Der historische Sieg eures Volkes war begleitet von einer wilden bürgerlichen Hetze. Der Iran auf dem Weg ins Mittelalter — so konnte man es hierzulange hören. Was ist wirklich der Charakter der großen Volkserhebung?

Unser Volk führt schon seit über 70 Jahren einen Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus — gegen die britischen Kolonialherren, die russischen Zaren und in letzter Zeit natürlich gegen die amerikanischen Imperialisten. Vom Mittelalter haben die fremden Kolonialherren übrigens schon früher gesprochen, wenn es darum ging, den Kampf des Volkes zu verleumden. Und heute tut man es wieder.

Tatsächlich aber ist das, was wir jetzt erlebt haben, ein Aufstand des ganzen Volkes. Wobei die Arbeiterklasse mit ihren klaren politischen Forderungen an der Spitze stand. Ein Aufstand, der sich in erster Linie gegen den Imperialismus und seinen Kettenhund, den Schah, richtete. Sicher, im Verlaufe dieses Kampfes haben die Moscheen eine wichtige Rolle gespielt. Man muß zum Beispiel berücksichtigen, daß sie unter der faschistischen Diktatur der einzige Platz waren, an dem sich das Volk versammeln konnte. Aber das heißt natürlich noch lange nicht, daß der Volksaufstand ein religiöser Kampf gewesen wäre.

Besonders deutlich wird das, wenn man sich einmal die Forderungen der Arbeiter, vor allem der Ölarbeiter ansieht, die — wie gesagt — an der Spitze dieses Kampfes gestanden haben. Das waren zuerst wirtschaftliche Forderungen, aber im Verlauf des Aufstandes bekamen sie einen immer mehr politischen Charakter. Zum Beispiel die Forderung nach dem Rücktritt des Schahs, nach der Vertreibung der imperialistischen Berater, der Auflösung des SAVAK, der Gewährung demokratischer Rechte usw.

Am Kampf beteiligt haben sich auch das Kleinbürgertum und andere Schichten, darunter auch Teile der nationalen Bourgeoisie, die alle zum Regime des Schahs in Widerspruch standen. Wobei natürlich die Bourgeoisie keine Volksrevolution, sondern nur die Beseitigung des Schahs wollte. Es zeigt sich ja gerade jetzt, daß die neue Regierung den alten Staat, der durch Tausende Fäden mit dem Imperialismus verbunden ist, kaum antastet. Nehmen wir nur die Armee. Einge Offiziere sind in den Ruhestand versetzt worden, aber trotzdem besteht die alte Armee weiter. Eine Armee, deren Angehörige vom Rang eines Hauptmannes an in den USA oder von US-Beratern im Iran ausgebildet wurden.

RM: Eine Besonderheit des Volksaufstandes war die ungeheure Wucht, mit der über Monate anhaltend, Millionen gegen das Regime anstürmten. Wie ist das zu erklären?

Man muß das unglaubliche Elend sehen, in dem das Volk leben mußte. Wenn man so etwas überhaupt ein Leben nennen kann. Durch die sogenannten Landreformen des Schahs, die in Wirklichkeit eine weitgehende Zerstörung der Landwirtschaft waren, sind Millionen Bauern aus ihren Dörfern vertrieben worden. sie mußten alles zurücklassen, für das sie ein Leben lang geschuftet hatten und sich in den Slums am Rande der Städte eine Behausung suchen. Das waren dann Hütten mit Dächern aus Zeitungspapier usw. Man kann sich, wenn man es nicht selbst gesehen hat, ein solches Elend kaum vorstellen.

Wenn man den Fleischverbrauch des iranischen Volkes pro Kopf und Monat berechnet, dann kommen nur ein paar Gramm dabei heraus. Für die Arbeiter war es sowieso schier unerschwinglich. Aber tonnenweise wurde Fleisch nach Nordteheran geschafft, für die Hunde und Katzen in den Wohnvierteln der herrschenden Klasse, einschließlich des Hofes. Und nicht nur das Fleisch war unerschwinglich für die Werktätigen. Auch andere Lebensmittel wurden immer teurer und waren zudem noch knapp. Die Mieten fraßen einen ganzen Lohn usw.

Diese Dinge waren Ursachen für die gewaltige Explosion des Volkszorns. Auf der anderen Seite sahen die Massen ja, wie sich vor allem die großen ausländischen Ölkonzerne die Reichtümer unseres Landes aneigneten. Man muß immer wieder hervorheben, daß nur ein geringer Bruchteil der Ölgelder als Abgabe an den Iran ging. Und auch dieses Bruchteil wurde nicht etwa im Lande selbst angelegt. Nein, was hat das Regime damit gemacht? Milliarden flossen in die Taschen der Rüstungskonzerne für gigantische Waffenkäufe. Milliarden wurden direkt in die westliche Industrie gesteckt wie etwa in den Krupp-Konzern. Milliarden wurden im Auftrag der amerikanischen Imperialisten an pro-westliche Regimes verschleudert.

Für den Iran blieb nichts übrig. Was nicht in den Kassen der Imperialisten landete, das floß auf die Konten der herrschenden Klasse, wobei sich die Pahlewi-Dynastie den Löwenanteil sicherte. Es gab im Iran nichts, nicht einmal die kleinste Fabrik, die noch irgendwelche Gewinne abwarf, wo diese Dynastie nicht die Finger drin gehabt hätte. Der unersättliche Drang des Schahs und seiner Clique, sich zu bereichern und zu mästen, ist ja inzwischen hinlänglich bekannt. Das ist übrigend auch ein Grund gewesen, der die nationale Bourgeoisie in Opposition zum Schah-Regime gebracht hat.

Der Schah war der Feind Nummer 1. Und deshalb hat auch die Wucht des antiimperialistischen Kampfes zuerst die Pahlewi-Dynastie getroffen. Die Vertreibung des Schahs war ein großer historischer Sieg für unser Volk. Es war ja schon das zweite Mal. [Vor 26 Jahren wurde der Schah von einer national-demokratischen Bewegung aus dem Land gejagt, wenig später jedoch durch einen CIA-Putsch wieder auf den Thron gehievt — RM]. Aber damals hatte es bei weitem nicht diese Massenkämpfe, diese breite Basis im Volk gegeben wie jetzt.

RM: Du hast herausgestellt, daß die Arbeiterklasse an der Spitze der Volkserhebung gestanden hat. Wie hat sie ihren großen, Monate dauernden Streik geführt? Haben sich in diesem Kampf Organisationen wie Gewerkschaften herausgebildet?

Zunächst muß man noch einmal hervorheben, daß an dem großen Generalstreik nahezu alle Werktätigen der Industrie und des öffentlichen Dienstes beteiligt waren. Wobei der Kampf der Ölarbeiter zweifellos der härteste Schlag für das Regime und die ausländischen Imperialisten war. Um diesen heldenhaften Kampf in seiner ganzen Bedeutung zu würdigen, muß man auch daran erinnern, daß es unter der faschistischen Diktatur keine Gewerkschaften und auch keine Streikkassen gab. Die Arbeiter mußten also sehr große materielle Opfer bringen, abgesehen von dem Terror des Regimes, dem sie ausgesetzt waren.

Natürlich verlief der Sreik der Ölarbeiter in organisierten Formen. Es wurden zwar keine Gewerkschaften im eigentlichen Sinne geschaffen. Aber es entstanden Streikkomitees. Es wurden auch Vertreter gewählt, die dann unter anderem auch die schon erwähnten Forderungen der Arbeiter bekannt gaben. Das Proletariat auf den Ölfeldern verfügt über eine lange Kampftradition und hat auch organisatorische Erfahrungen und ein hohes Klassenbewußtsein. Das kam während des Kampfes deutlich zum Ausdruck. Es ist vielleicht bekannt, daß immer wieder Regierungsvertreter, aber auch bürgerliche Kräfte der Opposition an die Arbeiter appelliert haben, doch so viel Öl zu fördern, wie für den Inlandverbrauch notwendig ist. Aber ihre Antwort war: „Wenn wir jetzt etwas produzieren, dann ist das nicht für die Ölheizungen in den Häusern, sondern für die Panzer der Armee." Solche Antworten holten sich auch die Beauftragten von Khomeiny.

RM: Wie hat eure Partei in diese Kämpfe eingegriffen?

Man muß vorweg sagen, daß wir eine sehr junge Partei sind. Wir mußten unter den schwierigen Bedingungen der Diktatur kämpfen, und unser Kampf ging nicht nur gegen das Regime. Wir hatten uns auch mit einer Reihe verschiedener Opportunisten auseinanderzusetzen. Wir haben mit all unseren Kräften an den großen Kämpfen teilgenommen. Zum Beispiel an den Massendemonstrationen, wo es uns teilweise gelang, die Führung zu übernehmen. Eine wichtige Sache war dabei für uns, auf diesen Demonstrationen politische Losungen durchzusetzen. Das ist oft nur in der harten Konfrontation mit den Schiiten-Führern gelungen, die nur religiöse Parolen dulden wollten.

Wir haben während der großen Kämpfe und auch schon vorher auf den bewaffneten Kampf für die Volksdemokratie orientiert. Ich muß sagen, daß wir nicht vorhergesehen haben, daß sich der Aufstand dermaßen schnell und so machtvoll entfalten würde. Die Partei hat sich natürlich auch an den bewaffneten Kämpfen der letzten Zeit beteiligt, besonders nachdem durch die Auflösung einiger Kasernen große Mengen von Waffen in die Hände des Volkes gelangt sind. Man kann heute sagen, daß die bewaffneten Werktätigen zu den bewußtesten Teilen des Volkes gehören. Khomeiny hat gleich nach dem Sturz der Regierung Bakhtiar zum Niederlegen der Waffen aufgefordert. Das ist eine ganz alte Praxis des Bürgertums. Wenn bei einem Aufstand das Volk sich bewaffnet hat, dann ist es nach dem Sieg das erste Ziel des Bürgertums, die Entwaffnung des Volkes zu erreichen. Aber im Iran ist der größte Teil der Bewaffneten den Aufforderungen Khomeinys nicht nachgekommen.

Wie gesagt, die Partei hat sich von Anfang an, wie es ihre Ehre gebot, an den großen Kämpfen beteiligt. Und sie hat alle Schwierigkeiten, denen sie gegenüberstand, im Kampf selbst gelöst. So konnten sich unsere Genossen stählen und auch die Reihen der Partei erweitern. Besonders in der letzten Zeit sind im großen Ausmaß neue Kämpfer für die Sache des Kommunismus gewonnen worden.

RM: Kannst du abschließend noch einmal sagen, welche Aufgaben jetzt vor dem iranischen Volk und vor der Partei stehen, um die Errungenschaften der Revolution zu stabilisieren und sie weiter voranzutreiben.

Wir haben jetzt mit dem Sturz des Schah-Regimes einen großen Sieg errungen. Aber damit sind die Probleme des iranischen Volkes natürlich noch nicht gelöst. Das wird nur der Fall sein, wenn sich das Volk unter der Führung der Arbeiterklasse eine wahre Volksdemokratie und schließlich den Sozialismus erkämpft.

Was die neue Regierung betrifft, so ist es jetzt noch nicht möglich, ihre Politik genau einzuschätzen. Sie hat heute noch kein Programm veröffentlicht. so daß man nicht sagen kann, welche Schritte sie unternehmen will usw. Natürlich muß man grundsätzlich im Auge behalten, daß die Khomeiny-Leute Klassen vertreten, die im Widerspruch zu den breiten Schichten des iranischen Volkes, nämlich zur Arbeiterklasse und zur Bauernschaft, stehen.

Für das Volk ist es jetzt wichtig, daß es die eroberten Waffen in der Hand behält. Denn die Errungenschaften der Revolution können nur mit Waffengewalt verteidigt werden. Auf der anderen Seite muß auch das Problem der Organisation gelöst werden. Der große Volksaufstand hat sich weitgehend spontan vollzogen. Aber ohne eine Organisierung der Massen kann die Bewegung nicht weitergeführt, kann auch das schon Erreichte nicht gesichert werden.

Hier sehen wir eine unserer wichtigsten Aufgaben, wobei an der Spitze die Organisierung der Arbeiterklasse steht. Es geht einmal darum, die Partei noch tiefer in der Arbeiterklasse zu verankern, und zum anderen darum, Massenorganisationen aufzubauen, wobei die Gewerkschaften das wichtigste sind. Darüber hinaus stehen natürlich auch andere wichtige Fragen zur Lösung an. Die Bauernfrage etwa, wo wir den Grundsatz vertreten, daß das Land dem gehören soll, der es bebaut. Und natürlich die Frage der imperialistischen Herrschaft über den Iran. Wie gesagt, wir wissen nicht, welche Politik die Khomeiny-Leute durchführen werden. Wenn sie das alte Herrschaftssystem beibehalten, dann wird der Iran auch künftig ein Tummelplatz für ausländisches Kapital sein. Es ist aber auch möglich, daß sie die eine oder andere antiimperialistische Maßnahme durchführen, ausländisches Kapital enteignen. Unsere Partei stellt sich auf alle Möglichkeiten ein. Sie wird gemäß ihrem Programm den Kampf entfalten, das unterstützen, was dem Volke nützt, und das bekämpfen, was ihm schadet. Und natürlich sind wir auch wachsam gegenüber den Verschwörungen der Imperialisten, gegenüber Versuchen, die Errungenschaften der Revolution mit terroristischer Gewalt wieder zunichte zu machen. Sollten sie einen solchen Angriff auf unser Volk wagen, dann werden sie uns zusammen mit den anderen Kämpfern des Volkes mit der Waffe in der Hand auf den Barrikaden finden.

RM: Genosse, wir danken dir für das Gespräch, und wir wünschen dem Kampf deiner Partei und deines Volkes auch weiterhin einen siegreichen Verlauf.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
19.00-19.30	1394 kHz	215 m	MW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW





Erich Kästner (1899-1974)

Erich Kästner ist vielen Menschen ein Begriff. Mit seinem Namen verbinden sie humorvolle oder wehmütige Verse, gesellschaftskritische Chansons oder einprägsame Kinderbuchfiguren wie Emil und seine Detektive.

Kästner arbeitete als Redakteur, Mitarbeiter von Zeitschriften („Die Weltbühne"), freier Schriftsteller, Kabarettist. Sein erstes Buch, der Gedichtband „Herz auf Taille" erschien 1927. Kästner war Lyriker und Prosaschriftsteller; seine literarische Bedeutung beruht vor allem auf seinem Gedichtwerk. 1931 erschien sein gesellschaftskritischer Roman „Fabian". Populär wurde er auch als Kinderbuchautor mit Büchern wie „Emil und die Detektive", „Das doppelte Lottchen", „Das fliegende Klassenzimmer".

Kästners Bücher wurden 1933 von den Nazis verbrannt. Als „verbotener Autor" war er unter der Hitler-Diktatur Verfolgungen ausgesetzt. 1960 trat er gegen die Atomaufrüstung in Westdeutschland ein.

Kästner, der aus kleinbürgerlichen Verhältnissen stammte, war bürgerlicher Moralist. Er glaubte, die Verhältnisse würden sich bessern, wenn sich nur die Menschen änderten. In dem Gedicht „Ansprache an die Millionäre" zum Beispiel forderte er die Millionäre auf, sich endlich zu besinnen und ihr Geld wohltätig anzulegen. Neben Versen, die auf Verhaltensweisen im privaten Bereich zielten, schrieb Kästner auch gesellschaftskritische Gedichte, in denen er Spießermoral, falsches Pathos, Reaktion und Militarismus bissig aufs Korn nahm.

Kästner wurde vor 80 Jahren, am 23. 2. 1899, in Dresden geboren. Er starb am 29. 7. 1974.

Das nachstehende Gedicht schrieb Kästner 1929. Er verarbeitete darin eigene Erlebnisse aus dem ersten Weltkrieg.

Primaner in Uniform
von Erich Kästner

Der Rektor trat, zum Abendbrot,
bekümmert in den Saal.
Der Klassenbruder Kern sei tot.
Das war das erste Mal.

Wir saßen bis zur Nacht im Park
und dachten lange nach.
Kurt Kern, gefallen bei Langemarck,
saß zwischen uns und sprach.

Dann lasen wir wieder Daudet und Vergil
und wurden zu Ostern versetzt.
Dann sagte man uns, daß Heimhold fiel.
Und Rochlitz sei schwer verletzt.

Herr Rektor Jobst war Theolog
für Gott und Vaterland.
Und jedem, der in den Weltkrieg zog,
gab er zuvor die Hand.

Kerns Mutter machte ihm Besuch.
Sie ging vor Kummer krumm.
Und weinte in ihr Taschentuch
vorm Lehrerkollegium.

Der Rochlitz starb im Lazarett.
Und wir begruben ihn dann.
Im Klassenzimmer hing ein Brett
mit den Namen der Toten daran.

Wir saßen oft im Park am Zaun.
Nie wurde mehr gespaßt.
Inzwischen fiel der kleine Braun.
Und Koßmann wurde vergast.

Der Rektor dankte Gott pro Sieg.
Die Lehrer trieben Latein.
Wir hatten Angst vor diesem Krieg.
Und dann zog man uns ein.

Wir hatten Angst. Und hofften gar,
es spräche einer Halt!
Wir waren damals achtzehn Jahr,
und das ist nicht sehr alt.

Wir dachten an Rochlitz, Braun und Kern.
Der Rektor wünschte uns Glück.
Und blieb mit Gott und den andern Herrn
gefaßt in der Heimat zurück.

Neues Meldegesetz für Ärzte
„Kostendämpfung" durch Erpressung

Die Krankenkassen haben nun einen weiteren Schritt in die Richtung der „Kostendämpfung" im Gesundheitswesen gemacht. Sie führten ein neues Meldesystem ein, um die Verschreibung von Medikamenten durch die Ärzte zu kontrollieren und zu drosseln. Das neue Meldesystem bedroht die Ärzte offen mit Sanktionen.

Das neue System funktioniert so: Die von den Patienten in den Apotheken abgegebenen Rezepte werden gesammelt, den verschiedenen Krankenkassen zugeleitet und dort von einem Computer für jeden einzelnen Arzt addiert. Wenn ein Arzt in einem Quartal mehr Arzneien verschrieben hat, als der vorher festgelegte Festbetrag erlaubt, wird er umgehend informiert; er erhält einen „blauen Brief". Der Arzt weiß nun: er darf nicht mehr so viele Medikamente verschreiben, auch wenn dies für die Behandlung der Patienten dringend nötig wäre. Mißachtet der Arzt den „blauen Brief" und sind am Jahresende zuviel Medikamente verschrieben worden, dann können die Krankenkassen unter Umständen Regressansprüche geltend machen. — Um ihre Gewinne, die ohnehin schon in die Millionen gehen, noch mehr zu steigern, greifen die Krankenkassen selbst zum Mittel der finanziellen Erpressung!

Der für ein Jahr geltende Höchstwert wird übrigens von der sogenannten Konzertierten Aktion im Bundesgesundheitswesen festgelegt. 1978 durften die Ausgaben für Medikamente um höchstens 3,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr steigen; für 1979 ist der Höchswert noch nicht festgesetzt.



An diesem neuen Meldesystem zeigt sich deutlich der Charakter des Gesundheitswesens im kapitalistischen System der Bundesrepublik. Nicht die Wiederherstellung der Gesundheit, die optimale Anwendung von Behandlungsmitteln, ist für die Veranwortlichen der maßgebende Gesichtspunkt, sondern ein möglichst hoher Profit.

DDR-Spion propagierte Kernkraftwerke

Der DDR-Spion Johannes Koppe beschränkte sich in der Bundesrepublik nicht nur auf Spionagetätigkeit; er leistete gleichzeitig einen beachtlichen Beitrag zur Propagierung der Kernenergie und verteufelte aufs übelste die Bewegung der Kernkraftgegner.

Als Angestellter der Hamburgischen Elektrizitätswerke (HEW) war Koppe in der „Öffentlichkeitsarbeit für kerntechnische Anlagen" tätig. Der Public-relations-Mann vertrat die Belange der Kraftwerksbosse auf verschiedenen in- und ausländischen Fachtagungen. Die Propagandabroschüre über die Kernenergie — „66 Fragen — 66 Antworten" — wurde von ihm verfaßt. Er lehnte eine Einladung von Kernkraftgegnern zu einer Podiumsdiskussion mit der Begründung ab, daß die Diskussionsveranstalter wie alle Kernkraftgegner überhaupt von Moskau finanziert würden...

Nachdem zu Beginn dieses Jahres ein Geheimdienstoffizier aus der DDR in die Bundesrepublik übergelaufen war, wurde Koppe enttarnt. Er setzte sich Ende Januar in die DDR ab.

Radioaktiver US-Müll
Fuldaer Kinder verseucht

In Fulda sind Ende letzter Woche sieben Kinder von radioaktivem Leuchtmaterial aus dem zweiten Weltkrieg verseucht worden. Das Material stammte aus Beständen der US-Armee. Es war, lediglich in Kisten verpackt, auf einer Müllkippe abgeladen worden.

Die Kinder fanden das radioaktive Material und spielten damit. Man kann nur von Glück reden, daß sie es schließlich mit in ihre Schule brachten, wo der Lehrer die gefährliche Strahlung feststellte. Die Kinder mußten im Krankenhaus behandelt werden.

Der amerikanischen Besatzungsarmee gilt das Leben der westdeutschen Bevölkerung nichts. Jährlich wird in der Nähe von Übungsplätzen und Standorten eine große Zahl von Kindern durch achtlos zurückgelassene US-Übungsmunition verletzt, verkrüppelt, getötet.

Brücke stürzt auf Autobahn
Waren die Sicherheitsmaßnahmen getroffen?

Am letzten Mittwoch, morgens kurz nach sechs Uhr, kam es auf der von Berufsverkehr dichtbefahrenen Autobahn Köln-Oberhausen zu einem grauenvollen Unfall. Bei Duisburg-Kaiserberg stürzte eine Autobahnüberführung zusammen. Tonnenschwere Eisenteile und Betonplatten begruben einen Kleinbus mit sechs Arbeitern unter sich; PKWs rasten in die Trümmer. Acht Tote und drei Schwerverletzte wurden von den Rettungsmannschaften aus den Trümmern gezogen.

Die Verantwortlichen hatten sofort eine Erklärung für die Ursache des Unglücks parat. Der Ausleger eines Baggers, der von einem Tieflader transportiert wurde, hätte sich aus der Halterung gelöst und die Brücke aus der Verankerung gerissen.

Dem entgegen steht die Aussage des Fahrers des Tiefladers: „Ich habe die Brücke nicht gerammt. Plötzlich kam die einstürzende Brücke auf mich zu." Zweifel am Zustand der Brücke äußerte auch ein an den Unglücksort gerufener Spannbetonexperte: „Es kann doch nicht angehn, daß einer vor eine Brücke tritt und sie fällt um."

Wollen die Behörden mit ihrer Erklärung von ihrer Verantwortung ablenken? Hätte das Unglück vermieden werden können, wenn die aus dem Jahre 1936 stammende Brücke richtig untersucht und die geeigneten Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden wären?



Sonntag, 4.3. um 20.15 Uhr, ARD:
Weimar, Du Wunderbare. Film von Egon Günther über die DDR-Stadt Weimar und ihre Bewohner. Weimar hat in der deutschen Geschichte eine wichtige Rolle gespielt — von Goethe bis Buchenwald.

***

Sonntag, 4.3. um 21.00 Uhr, WDR III:
Albert Einstein: Ein Weltbild zerbricht. Erste Folge: Die Entdeckung der speziellen Relativitätstheorie. Der Film schildert Kindheit und Jugend des berühmten Physikers sowie seine ersten großen wissenschaftlichen Erkenntnisse. Einsteins Geburtstag jährt sich am 14.3. zum hundertsten Mal.

***

WDR III:
Die Hündin. Spielfilm des am 12. Februar 1979 verstorbenen Regisseurs Jean Renoir, des „Meisters des französischen Realismus", aus dem Jahre 1931.

***

Mittwoch, 7.3. um 19.30 Uhr, ZDF:
Das Wunder von Lengede. Der Dokumentarfilm von Hans-Dieter Grabe beschäftigt sich mit dem aufsehenerregenden Grubenunglück des Jahres 1963. Damals wurden neun Tage nach dem Unglück noch elf Überlebende in einer Höhle in 60 Meter Tiefe entdeckt. Acht der Geretteten sprechen in dem Film über ihre Erlebnisse während des Unglücks.

***

Donnerstag, 8.3. um 20.15 Uhr, WDR III: **Das Frühstück im Grünen.** Spielfilm von Jean Renoir aus dem Jahr 1959.

***

Freitag, 9.3. um 20.40 Uhr, Südwest III: **Albert Einstein: Ein Weltbild zerbricht.** (Siehe oben).

***

(Die Vorschläge sind „ohne Gewähr". Wir können uns die Filme meist vorher nicht ansehen.)

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

**Verlag
Roter Morgen
Postfach 300526**

4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......
○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00**

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel. 0231 / 43 36 91 und 43 36 92

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Politische Buchhandlung Spartacus, Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/177404, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/511537, geöffnet: Do 16.00-18.30.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestraße 49, Tel.: 0203/550623, geöffnet: Mo-fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4300 **ESSEN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Altendorfer Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/624299, geöffnet: Do und Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10.00-12.00 Uhr. Tel.: 0461/29601

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/437595, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di und Do 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/445162, geöffnet Di-Do 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/16507, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/367702, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/854124, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/76939, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 13.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr. 089/2607554

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo, Di, Do und Fr 11.00-18.00 Uhr, Mi 15.00-18.00 Uhr und Sa 10.00-13.00 Uhr.